

Bezugpreis: Vierteljährlich 4.- M., monatlich 1.- M. frei ins Haus...

Anzeigenpreis: Der abgelaufene Kompositionssatz kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 30. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verbraucher heraus!

Die Beratungen zur Gründung eines Reichswirtschaftsrats sind schon seit einiger Zeit im Gange.

Sowohl der heute schon bestehende Wirtschaftsrat, dessen Teilnehmerzahl sich auf 14 Mitglieder beschränkt...

Es ist nachgerade gute Sitte geworden, daß jedesmal, wenn die Regierung eine neue Maßnahme oder Verordnung wirtschaftlicher Art ankündigt...

Diesen Bestrebungen gegenüber müssen die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament auf der Hut sein.

Nachdem die Vertretung der Arbeiterschaft durch die Teilnahme der Arbeitsgemeinschaften von vornherein auf die formale Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut ist...

Die Washingtoner Konferenz.

Am gestrigen Mittwoch sollte die Eröffnung stattfinden. Der amerikanische Kongress hat es abgelehnt, daß Wilson amtlich einen Delegierten ernenne...

Der Haager „Nieuwe Courant“ meldet, daß die deutschen Delegierten erst am Sonntag eintreffen werden.

Der Zusammentritt des Nationalkongresses der Gewerkschaften wurde mehrere Tage hinausgeschoben.

Wilson's „Verbot“ eines Kohlenstreiks scheint die Krise in Amerika sehr verschlimmert zu haben.

14 Abteilungen des Eisenbahnerverbandes, die insgesamt 12 000 Arbeiter des Chicagoer Distrikts vertreten...

Der Senat hat ohne Debatte einen Gesetzentwurf, den Präsidenten zu ermächtigen, bei Bergarbeiter- oder Eisenbahnerstreiks Soldaten an Stelle der Streikenden einzusetzen...

Mexiko gibt nach.

Der amerikanische Konsularvertreter William Zenlins, der in Puebla gefangen genommen worden war, ist wieder freigelassen worden.

vertreten. Der Verbrauchersozialismus, den Unterstaatssekretär Pirsch in einem Vortrag vor Vertretern der Presse als wesentlichen Programmpunkt des Reichswirtschaftsministeriums hingestellt hat...

diejenigen, die nicht durch einen Streik ihre Bezüge erhöhen können. Sie waren und sind die am schwersten betroffenen Opfer des Schleichhandels...

Für die Arbeiterschaft ist die Durchführung des Verbrauchersozialismus nicht deshalb von so dringlichem Interesse, weil er ihnen eine stärkere Vertretung gewährleistet...

Die Interessen der Verbraucher werden in dem bisherigen Wirtschaftsrat durch Vertreter von Einkaufsverbänden und Gemeinden wahrgenommen.

Jetzt aber ist es Sache der Genossen im Parlament und Regierung, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Verbraucher im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Feind steht rechts!

Die Reichswehrdebatte, die die lange Mittwoch-Sitzung der Nationalversammlung ausfüllte, zeigte das altbekannte Bild, daß gegen die Mitte, die die einzige noch mögliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhält...

Kennzeichnend für die Lage ist auch das kleine Zwischenstück von Rede und Gegenrede bei Koenens Rede. Koenen meinte, an der Freiheit der Reaktion — die man, wenn man sie in einer Person verkörpern wollte, in einem Standbild Graefes vereinen müßte — sei „nur Roske“ schuld.

Beide fühlen sich vergewaltigt, die von rechts und die von links. Wir sind nicht geneigt, solche Klagen auf die leichte Schulter zu nehmen...

Demokratie bekennen, sondern kokettiert mit der Diktatur. Wir haben an dieser Stelle die Unabhängigen förmlich beschworen, uns im Kampfe gegen den Belagerungsstand durch Abgabe der Erklärung zu helfen, daß sie den Belagerungsstand grundsätzlich verwerfen und nicht daran denken, durch ihn zur Herrschaft zu kommen oder sich an der Herrschaft zu erhalten. Wahre Kuschelstücke waren die Antworten!

Die Abrechnung, die Koske und David mit dem deutchnationalen Schreibhals Graefe vornahmen, war gründlich. Dabei erfuhr man, daß kein anderer als der berühmte Altschweizer und Generallandwirtschaftsdirktor a. D. Kapp es war, der die zu militärischem Ungehörig aufreizende Broschüre „Ein und Jetzt“ in Druck gegeben hatte! Graefe schwindelt dreist, der Umsturz habe Deutschlands Niederlage herbeigeführt; dabei arbeiten seine Leute dreist und gottesfürchtig an dem Umsturz von rechts, der Deutschland noch tiefer in den Abgrund stößen möchte.

Trotzdem können sich die Unabhängigen nicht zu einer Position entschließen, die die geschlossene Front gegen rechts herstellt. Wären sie nicht ganz verblendet, sie müßten schon längst bemerkt haben, wessen Geschäfte sie besorgen!

### Die Völkerbündnisse.

Auch in den Ländern der Alliierten ist das Gefühl deutlich, daß der Völkerbund, wie ihn der Versailler Vertrag aufstellt, die Karikatur eines Bundes der Völker ist. Der Herzog von Northumberland hat in einer in Cambridge gehaltenen Rede erklärt, der Völkerbund sei weder auf ethischer noch auf moralischer Grundlage aufgebaut. Die vom Wiener Kongreß erzielte Lösung sei in keiner Hinsicht verderblicher gewesen als das Ergebnis der Versailler Konferenz. Der einzige Unterschied sei der, daß der Wiener Kongreß ehrlich gewesen sei.

### Erfolge der Bolschewisten.

Es wird jetzt auch von antibolschewistischen Seite zugegeben, daß die Armeen Judentisch zurückgeschlagen und Petersburg außer Gefahr ist. Die finnischen Freibeuter des Obersten Eltengreen werden zwar eine Annäherung an Petersburg, aber das ist angesichts des Rückzuges Judentisch ohne Belang. Jedenfalls ist dieser Einfall die reine Mäherel, denn Sowjet-Rußland ist weder in der Lage noch willens, Finnland anzugreifen. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht das Friedensangebot, welches Lenin seinerzeit nach England geschickt hat. Es beruht darauf, daß der gegenwärtige Weltzustand der einzelnen Regierungen im ehemaligen Zarenreiche beibehalten, eine allgemeine gegenseitige Amnestie gewährt und die Verpflichtungen Rußlands von all diesen Regierungen gemeinsam verbürgt werden sollen. Gegenseitige Abrüstung und Entschärfung der Völker über ihre Staatsform und Staatsgedrängtheit bilden den Rest. Also doch wohl ein Programm, auf Grund dessen der Friedensschluß sofort möglich wäre. Die französische Regierungspresse erklärt aber zu der von der Entente gewünschten Weltblockade, daß man vor der Verhängung noch schlimmerer Hungersnöte über Rußland nicht zurückschrecken dürfe, um das terroristische Regiment der Bolschewiki auszurotten — also den Tausch durch Wegzahn auszuüben. Es wird übrigens behauptet, daß die Bolschewiki eine Versöhnung und Zusammenarbeit mit den anderen russischen Sozialisten anstreben. Die Bolschewisten sollen die 12stündige Arbeitszeit wieder eingeführt haben.

Die Denkinformace erleidet gleichfalls Niederlagen. Ein von ihr gefangener früherer zaristischer und jetzt bolschewistischer Offizier wurde aufgehängt.

Gegen die Beschließung Rigas durch die „Bestrußen“ haben die Häupter der lettischen Kirche und der Chef der Entente-Mission in Riga, Oberst Duparquet, protestiert.

Im englischen Unterhause teilte der Unterstaatssekretär für Aussen mit, daß mit Sowjet-Rußland über den Gefangenen, auszuwählen verhandelt werden soll.

In Berlin sind durch die Wachabteilung der Kommandantur bereits eine Anzahl „westrussischer“ Arbeiter verhaftet worden; eine

Arbeiterzentrale in Schöneberg mit 20 Leuten wurde ausgehoben. Die Beschränkung der Ostjeholade auf das außerhalb der Dreimeilenzone liegende Seegebiet ist durchaus unzureichend, weil das Fahrwasser nahe der Küste überall schwierig ist. Wir brauchen die Freiheit, nach Skandinavien Schiffahrt zu treiben. Eine Anzahl deutscher Segler, die seinerzeit von den Engländern verschleppt wurden, liegt noch in Dänemark.

### Die Sorgen Englands im Orient.

Die „Times“ vom 27. bringt weitere Einzelheiten zu der Meldung aus Bombay, daß am 17. Oktober die Mohammedaner in ganz Indien für die Beibehaltung der weltlichen Macht des Kalifen (des türkischen Sultans) gestimmt haben. Danach wurde in Bombay nach dem Gebet in der Hauptmoschee eine öffentliche Versammlung der Mohammedaner abgehalten. Bei der Besorgung und die Entlastung über die drohende Verhängung der Türkei und über die Beseitigung der Kontrolle des Kalifen über die heiligen Stätten des Islam zum Ausdruck kamen. Wie die „Times“ weiterhin meldet, ist die Gelegenheit von den Hindus ergriffen worden, um das Band, das Mohammedaner und Hindu verbindet, noch enger zu knüpfen. Die Hindus wurden aufgefordert, zu fasten und zu beten, um so ein „heiliges Siegel“ auf den Hindu-Mohammedaner-Bund zu legen.

Aus Ägypten kommen wieder Meldungen von neuen Unruhen, die stellenweise zu blutigen Zusammenstößen zwischen Militärmacht und Eingeborenen geführt haben.

Es scheint, daß Amerika fest entschlossen ist, sich an einem Mandat über die Türkei nicht zu beteiligen. Der „New York Herald“ unterstreicht diese Wahrscheinlichkeit besonders, betont aber gleichzeitig, daß Amerika an der Herstellung des Friedensvertrages mit der Türkei beteiligt bleiben werde.

### Drahtzieher im Metallarbeiterstreik.

Die Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsfunktionäre aller Industriezweige Groß-Berlins hielten am gestrigen Mittwochabend in den Kammerräumen eine vom Roten Volksgesundheitsrat einberufene Vollversammlung „neuen Stils“ ab. Als Thema war der Kampf in der Metallindustrie und die geplante Rechtslosmachung der Arbeiter- und Betriebsräte aller Industrien auf die Tagesordnung gesetzt. Hierzu referierte Kalkahn. Er führte aus, daß der Volksgesundheitsrat bisher nicht in den Kampf der Metallindustrie eingegriffen habe, um diese in feinen politischen Anstrich zu geben. Heute müsse es jedoch dem letzten Arbeiter klar sein, daß es ein großer Kampf um die ökonomische Macht sei. Der Volksgesundheitsrat und die Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre müßten sich hiermit intensiv beschäftigen. (Zuruf: Entsch!) Nachdem sich der Redner mit der Haltung der Industriellen beschäftigt hatte, fuhr er fort: Wir alle haben die Aufgabe, den Kampf der Kollegen in der Metallindustrie zu führen und müssen alle Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß nun der große Kampf um das Recht der Arbeiter beginnt, indem wir andere Industriezweige hineinwerfen werden. Im Volksgesundheitsrat stehen die Unabhängigen mit ihren kommunistischen Freunden geschlossen als je da. In den kommenden Tagen habe man vielleicht mit einem Abbruch des Streikes in der Metallindustrie zu rechnen. Erfolge dies, so müsse der Kampf von der gesamten Arbeiterschaft eventuell in der Form einheitlich durchgeführter passiver Resistenz aufgenommen werden. Schon heute müssen die lebenswichtigen Industriezweige darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich bereit halten müssen, um in den Kampf einzutreten.

Nachdem noch ein paar andere Redner gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte Groß-Berlins nimmt zu dem Anschlag der Arbeitgeberverbände, insbesondere der Metallindustrie Groß-Berlins, gegen die Arbeiter- und Betriebsräte Stellung. Sie erblickt darin einen erneuten Versuch, das werktätige Volk rechtslos zu machen und zu unterdrücken. Die Arbeiter- und Betriebsräte verpflichten sich, alle Arbeitnehmer über

die arbeitserfindlichen Pläne der Scharfmacher aufzuklären und sie darauf vorzubereiten, im Notfall mit aller Schärfe den ausgemessenen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen. Wenn die Metallindustriellen ihre provozierend hartnäckige Haltung in der Frage der Betriebs- und Arbeiterräte nicht aufgeben, wird die Vollversammlung die Arbeiterschaft anderer wichtiger Industrien zur Anwendung schärfster Kampfmittel auffordern.“

Aus dieser Versammlung geht klar hervor, daß die politischen Drahtzieher auch den Metallarbeiterstreik für ihre Zwecke zu mißbrauchen trachten. Kalkahn und ebenso die Resolution lassen keinen Zweifel daran, daß die Unabhängigen und ihre kommunistischen Außenfreunde auch hier ihre Finger im Spiele haben. Die unglaubliche Freivolität, mit der hier die lebenswichtigen Betriebe auf den kommenden Kampf eingestellt werden, muß besonders hervorgehoben werden. Die Arbeiterschaft wird daraus erkennen, daß sie von jenen Gesellen, die vor der Befähigung der Gesamtbevölkerung selbst nicht zurückschrecken, als Werkzeuge für politische Rutsche verwendet werden soll.

Die Fünfzehner-Kommission sah am Mittwoch folgenden Beschluß:

Es sind Kommissionen zu wählen mit dem Auftrage, sich an die Gewerkschaftskommission und an die politischen Parteivertretungen der Streikenden zu wenden mit dem Auftrage, den Parteileitungen den Stand der Dinge und den Angriff auf die Grundrechte der Arbeiter zu unterbreiten. Verlangt wird das Eintreten der Parteien für die Rechte der Arbeiterschaft, wenn anders nicht zu ermöglichen, so durch Proklamierung des Generalstreiks.

Diese Kommissionen nehmen am Donnerstag, den 30. Oktober, ihre Tätigkeit auf.

Die Fünfzehner-Kommission verkündet ferner: Die Fünfzehner-Kommission wird alles daransetzen, um den Kollegen den Kampf nach Möglichkeit zu erleichtern. In dieser Woche gelangt die erste Hälfte Streikunterstützung zur Auszahlung. Es erblüht in dieser Woche: Unverheiratete über 26 Wochen Mitgliedschaft 74 M., Verheiratete ohne Kinder 88 M., Verheiratete mit einem Kind 98 M., mit 2 Kindern 100 M., für jedes weitere Kind außerdem 7 M. In der nächsten Woche kommen die erhöhten naturalistischen Sätze zur Auszahlung. Wir werden darüber hinaus den Versuch machen, weitere Geldmittel durch Sammlungen flüssig zu machen. An alle Kopf- und Handarbeiter appellieren wir erneut, durch Sammlungen und Entnahme von Streikmarken die Unterstützung unserer im Kampf stehenden Arbeitsbrüder zu ermöglichen.

### Das Befinden Haases.

In den den Unabhängigen nahestehenden Parlamentskreisen verlautet, daß das Befinden Haases wiederum sehr besorgniserregend sei. Die Amputation hat insofern nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt, als die Eiterungen fort dauern. Sowohl die Schwäche wie das Fieber halten an. Von anderer Seite wird gemeldet, es sei keine weitere Verschlimmerung eingetreten und die Ärzte hofften, Haase durchzubringen.

### Ein verfassungswidriger Studentenausschuß

Eine Versammlung der Studierenden der Tierärztlichen Hochschule zu Hannover beschloß die Gründung einer neuen Studentenveterinärvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Es wurde aber weiter beschlossen, daß „nur Studierende deutscher Abkunft und deutscher Muttersprache“ wahlberechtigt sein sollten, und diese Bestimmung wurde dahin interpretiert, daß Juden nicht unter den Begriff „Studierende deutscher Abstammung“ fallen. Von dem Grundrhythmus ganz abgesehen, scheint den Studierenden der Tierärztlichen Hochschule Hannover die deutsche Reichsverfassung unbekannt geblieben zu sein, die in Artikel 106 ausdrücklich betont:

Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.

Da die Tierärztliche Hochschule eine staatliche Anstalt ist, so bezieht sich dieser Artikel auch auf das Wahlrecht zu den offiziellen Vertretungen an dieser Anstalt. Die Wahlordnung ist verfassungswidrig und folglich rechtlich ungültig. Das Ministerium wird das Entsprechende zu veranlassen haben.

### Von Händel bis zu Mahler.

Altes und Neues im Konzertsaal.

Wer von moderner Musik spricht, wer sie in ihren technischen Mitteln und künstlerischen Wirkungen beurteilen und werten will, der unterlasse nie, eine Stunde im Schatten der großen klassischen Meister zu verleben. Auch der verflochtenste Modernist wird zugeben, daß bei Bach oder Händel mit geradem und — sagen wir einmal — primitiven al fresco-Strichen Gemälde hingeworfen sind, die im Weltstreit mit den genialsten Schöpfungen Gestriger und Heutiger auf Anhieb den Sieg davontragen. Je größer das Können, desto klarer, disziplinierter, offener das Bild der Partitur, desto zwingender der Musik-Ausdruck. Unsere jungen Komponisten können alle handwerklich viel; aber sie verstehen nicht, mit den gegebenen großen Mitteln der Orchester-Mechanik hauszuhalten.

Geht hin zu Händel und lerne an ihm, an seinem Orchester, am Bau seiner Chöre. Welch ein Wunderwerk aus dieser „Saul“, den und Georg Schumann mit dem Chor der Sing-Akademie in einer großartigen, postenden Form zu Herzen führte. Dieses dreiteilige Oratorium ist voll von genialen Einzelstücken, ist gefüllt mit opernhafter Spannung, lebt sich aus in unergleichlichen Chören der Trauer und des Sieges. Fast zwei Jahrhunderte alt, bleibt es neu, erregend und ergreifend wie am ersten Tag. Um den dramatischen Charakter zu wahren und um auch die David-Legende in das rechte Licht zu setzen, hat Christander die Partitur revidiert. Nach dieser Umänderung hat sich Schumann nur teilweise gerichtet, hat im übrigen manche Striche wieder aufgemacht und auch — der Händelischen Art folgend — aus anderen Oratorien Teile eingefügt. Man kann vielleicht im Zusammenfassen der Szenen nach weitergehen, und es tut dem Wurf nichts Böses an, wenn man die Rolle der Verab ganz streicht. Dafür brauchte dann der „Sinfonie“ genannte kleine instrumentelle Zwischenakt nicht zu fehlen. Inoposant und feierlich Klang die „Trauermusik“, wuchtig der Chor: „O blinde Raserei“, kraftvoll das Hallelujah, zart der Begrüßungschor der Frauen. Im Detail der Akten und Regietatwe wirkte Prof. Fischer als Saul durch die Eindringlichkeit seiner Rede und die künstlerische Ruid der Darstellung; Paula Weber sang den David (den auch ein Tenor übernehmen könnte) mit reifem Können, Klangschön und scharf Genke den Jonathan, Lotte Leonard die Michal. In kleineren Bahpartien fiel durch geschmackvolle Behandlung seines weichen Organes Dr. Meyerowitz angenehm auf.

Von Händel bis zu Mahler — zeitlich zwei Jahrhunderte, im Begreifen des Musik-Rohstoffes ein Jahrtausend. Die IX. Sinfonie Mahlers, die Oscar Fried, tief verwoben mit seines Meisters künstlerischem Willen, beherzt und schmelzhaft dirigierte, ist kein Meisterwerk. Mahler hat es nie gehört; und hätte er es gehört, er würde das Spröde, Audeinanderfallende, Zerlegte dieser Musik erkannt, würde auch dem instrumentellen Gewand andere

Farben gegeben haben. Was er hörte, war ein langes, allzu langes, durch impressionistische Kleinfunktion interessant gemachtes, aber materiell kaum ausreichend fundiertes Klagegedicht. Das Erfinderische ist knapp und zudem in früheren Sinfonien, sowie in dem letzten großen Abschiedsgesang vom „Lied von der Erde“ ungleich schöner, geschlossener und selbständiger wiedergegeben. Der Zusammenhang geht in einem Gekäst von Details verloren, und nur ein Grundakkord bleibt zogend, schwerblütig, lastend zurück. Das Werk ist kaum zu retten, auch nicht mit der Inbrunst Oscar Frieds.

Die programmatische Musik, alt, wie alle ernste Musik überhaupt, ist in ihrer systematischen Vollendung der Liebergang von neuem zu modernstem Stil; Veritas und Licht sind ihre Väter, deren musikalische Bauten auch Wagner überzeugten. Ritsch dirigierte in seinem letzten Konzert den „Orpheus“ und überzeugte davon, daß hier im zarten Instrumentalklang eine Werkkraft liegt, die über das ganze Gefüge der Tragedien hinwegfährt, so am archaischen-mitrischen Bau überhaupt vorbeileitet; die Steigerung dieses Liedes wächst spärlich im Klang empor. Von dem Namen Duvosel brachte Ritsch den dritten Teil des Leis-Phyllos heraus. Das ist eine sinfonische Skizze, in der mit farbigen Strichen ein Gesang der Sehnsucht und der Liebe gebildet wird, eine Ergreiftheit und eine bewegte Radikalität kennzeichnen ihren Inhalt. Duvosel ist ein solistisch begabter Musiker, dessen eigenes Gespicht noch verdeckt ist; die Wahrhaftigkeit seines Ausdrucks sichern ihm aber gute Weselgalt. Kirchhoff sang das Tenor solo und sang ein paar schwachblütige Verlior-Lieder, zwar gefühlvoll im Nachzeichnen der Stimmung, aber fehlig und unfrei. Recht gut gefiel wieder die Bariton von Eward Moriz, ein feisk und lebendig hingelegetes Werklein der Instrumentalmusik, die allerdings mehr äußerlich, als in Lust und Laune entstanden scheinen; in der Verbe und Ausgelassenheit des Spiels aber sicher eine Probe starken Könnens.

Aus den Programmen der Solisten war im übrigen in dieser Woche nicht viel Neues oder gar Eigenartiges herauszu-sagen. Ueber den Dirigenten Gey soll das Urteil noch eine kurze Zeit verschoben werden. Elisabeth Döbke zeigt im Singen und in der Gruppierung ihrer Veder feinsten Geschmack; Frau Elisabeth von Enderl gibt einen Hugo-Woif-Abend, beweist, daß sie auch auf dem Podium gefüllt, zwingt aber kaum zu der Erkenntnis, daß ihre Seele mißschwingt. Klug und anlockend auch die Vortragssolge der Grete Kerem-Ritsch, die Arien und Lieder von Händel bis Eric J. Wolf zu singen verspricht. Wenn es nicht das Künstlerische im Konzertsaal bleibt; von der sicheren Plattform des Klassischen fort in die unsicheren Regionen des Neuen hin hineinzuspringen. Dr. Kurt Singer.

Wie soll geheist werden? Wohl noch nie zuvor ist diese Frage bei uns so „brennend“ gewesen, wie in der tobentnapen Gegenwart, die es aller Welt zur dringenden Pflicht macht, mit dem Brennmaterial nicht allein parat, sondern vor allem auch vernünftig umzugehen, also so zu heizen, daß nichts unnütz vergebelt wird. Lassen wir uns darüber von einem Sachverständigen belehren. Im 57. Heft der Sammlung Verg- und Hüttenmännischer

Abhandlungen bemerkt Hütteningenieur M. Duchslog zu dem „hochaktuellen“ Thema u. a.: „Wenn Braunkohlen oder Vreileits oder Steinkohlen beim Feuern eine ungenügende Luftmenge zugeführt und die Ofenluft geschlossen werde, bevor die Kohlen durchglüht, womöglich wenn sie noch schwarz seien, dann könne eine vollständige Verbrennung nicht mehr stattfinden.“ Es leuchtet ja auch ohne weiteres ein, daß die Kohlen dann langsam schmelzen, anstatt in offener Flamme flott zu verbrennen. Die Wärmeentwicklung bleibt ungenügend, die Gase geben teilweise ungenügend als Kohlenoxyd und Kohlenwasserstoffverbindungen in den Schornstein, läßt sich dort ab und bringen, wenn das Mauertweck durchlässig ist — was leider meist der Fall —, in das Innere des Gebäudes oder (schleiden sich als terraztiger Niederlag an den Raminwänden aus und bilden, sobald der Schornstein wieder erwärmt wird, stets von neuem eine Quelle des widerwärtigen Geruchs.

Das fortwährende Herumflöhen im Feuer ist vom Uebel. Zu beherzigen ist auch, daß, wenn im Herd oder in Ofen, die von unten her brennen, auf einmal eine zu hohe Kohlenhöhe aufgeworfen wird, die Kohle verkott; es bilden sich massenhaft Gase, die schwer, d. h. zu spät und zu kalt entweichen; es gibt Rauch und Ruß. Man soll nun nach der Anwendung unserer Sachverständigen, der es geradezu als die Hauptfache bezeichnet, bei ebenen Kohlen Brennmaterial in kleinen Mengen vorn aufgeben, in Brand kommen lassen, es dann erst nach hinten schieben und vorn frisches nachfüllen. Dann verbrennen nämlich die nachbaren wertvollen Gase der Kohle über dem hinten in voller Glut befindlichen Brennstoff und entweichen nicht mehr unverbrannt und unangenehm. Freilich macht ein solches Verfahren mehr Arbeit, es lohnt sich aber auch.

Amerikanische Kultur. In den Vereinigten Staaten war seit ihrem Eintritt in den Krieg ein innerer Feldzug gegen alle Deutsche (wie übrigens auch gegen den kriegsfeindlichen Sozialismus) eröffnet worden. Man konnte hoffen, daß mit Aufhören des Krieges eine Benderung eintreten würde. Inbes der Ausnahmezustand für den Sozialismus besteht fort, und das Deutsche bleibt weiter verpönt. Deutsche Opernufführungen in New York wurden mit faulen Eiern bombardiert. Der bessere Böbel hat jetzt sogar vom obersten Gericht Recht bekommen: die Aufführung von Opern in deutscher Sprache ist von ihm untersagt worden. Die Gemeinlichkeit der faulen Eier ist damit als entscheidender Kulturfaktor anerkannt.

Som Knollenblätterpilz, dem giftigsten aller Pilze, gibt es mehr Arten, als man gewöhnlich annimmt. Daher wohl die immer wieder auftretenden Vergiftungen. Ganz vorzügliche Wilder, wie sie bisher in dieser Weise überhaupt noch nicht veröffentlicht wurden, von der Hauptart, dem olivgrünen Knollenblätterpilz und seinen Unterarten, bringt die neueste Nummer des „Pilz- und Kräuterfreund“, das Organ der Pilz- und Kräutergesellschaft, einer gemeinsamen Gesellschaft (Geschäftsstelle in Heilbronn).

Theaterjubention in Frankfurt a. M. Die Stadt Frankfurt am Main hat die Subvention für Schauspielhaus und Opernhaus um 150 000 M., also auf 800 000 M. erhöht, um den Wännen die Veranstaltung von Volkstheateraufführungen zu erleichtern.

Der neunte November heißt ein neues Buch von René Schöde, das in diesen Tagen im Verlage Ullrich, Berlin, erscheint. Es will die Quintessenz der deutschen Revolution geben und Ausblicke in eine bessere Zukunft eröffnen.

Die Reichswehrdebatte.

Mittwochsführung der Nationalversammlung.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Stüdtgen (Soz.) fortsetzend:

Der Wehrminister muß die Leitung in der Hand haben, damit keine Mauer um ihn gebaut wird. Er muß die Fühlung mit dem Volke behalten. Mit dem Schutze der Vergangenheit muß aufgeräumt werden. (Zuruf rechts: Nein, mit dem Schutze der Gegenwart!) Die geheimen Qualifikationslisten für Offiziere müssen verschwinden. Die Nachzahlung der Löhne für die Zeit der Gefangenschaft wäre ein Geschenk an die Besessenen, denn die Armen haben diese in Form eines Zuschlages zur Familienunterstützung schon erhalten. Für die Truppe muß noch in mancher Beziehung vorgesorgt werden. Natürlich muß jeder Mann eine zweite Uniform erhalten. Auch kann man Leute, die 12 Jahre dienen, nicht zu Tuhenden in einem Raum schlafen lassen. Die Verköstigung muß besser werden; alles in allem

darf bei der Reichswehr nicht geknauert werden.

Wir bedauern ganz ungemein, daß in Frankreich noch immer fast eine halbe Million Kriegsgefangene zurückgehalten wird. Bald fährt sich der Tag des Waffenstillstandes. Daß trotzdem diese Armen noch immer hinter Stacheldraht schmachten, ist eine barbarische Unmenslichkeit. Die Gefangenen verzweifeln schon an der Heimat, sie glauben schon, die Heimat habe sie vergessen. Die Gefangenen über See sind nur mit schwerer Mühe und hohen Kosten zurückzubringen. Es fehlt uns an Schiffen. Der Heimtransport eines einzigen Gefangenen aus Sibirien kostet 11 000 M., und 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene sind noch dort. Doch hat die Regierung nie gegögert, diese Summen auszugeben, denn die Kriegsgefangenen müssen nach Hause! (Lebhafte, anhaltende Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kaden (Zentr.): Das Heer muß entpolitisiert werden; es darf nicht der Tummelplatz politischen Streites sein. Das gilt erst recht für das Offizierskorps.

Abg. v. Gräfe (Dnat. Sp.): Mit einem wehmütigen, schmerzlichen Gefühl sieht man als Deutscher, der die glanzvolle Periode des Deutschen Reiches miterlebt hat, heute auf diesem Plage, um ausgerechnet zu dem

fogenannten Heeresetat

zu sprechen. Mit dem Kampfe gegen unsere alte Armee hat das Ringen begonnen, das zur Vernichtung Deutschlands geführt hat. Hauptmann hat ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Armee nicht liegen durfte, weil damit der Militarismus befestigt worden wäre. (Zustimmung rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten.) Man hat mir zugemutet, von dem Artikel Ludendorffs über die Reichswehr abzurufen. Ich beäugte diesen Artikel mit Dank, weil er warnend über das Richtige getroffen hat. Er hat in der Reichswehr lebhaften Widerhall gefunden. Es ist aber bedauerlich, daß es den leitenden Stellen nicht einmal gelungen ist, die Reichsmilitärgerichtsbarkeit und die Offiziersgerichte zu erhalten. Das ist allerdings eine Verständnislosigkeit, die öffentlich kritisiert werden muß. Früher hat man gegen staatliche Beeinflussung des Heeres gekämpft. Jetzt werden die Soldaten mit republikanischen Flugchriften überschwemmt. Gewiß werden durch unsere Anträge für die Mannschaften und Offiziere große Kosten verursacht. Man sieht die Regierung den Kopf zerbrechen, woher sie die Mittel dazu nimmt, nicht wahr. (Große Unruhe links.) Der Reichswehrminister versucht, durch Energie das zu erreichen, was ihm an Fachkenntnissen fehlt. Bei der Handhabung der Genjur ist er willkürlich und parteiischer als irgend eine Behörde vor ihm. Das „Deutsche Wodendblatt“ ist verboten worden, weil es aufgefordert haben soll, die Juden auf der Straße totzuschlagen. Der Minister hat mir die Stelle, wo das stehen soll, nicht zeigen können. Ein Blatt ist verboten worden, weil in einem Inserat darin

Gummiknüttel

angepriesen und ihre Anwendung empfohlen wurde. Dabei werden doch auch bei der Reichswehr Gummiknüttel angewandt. Anstatt daß Sie, Herr Minister, anderen Leuten das Totschlag vorwerfen, schlagen Sie die freie Meinung nicht selber mit einem Gummiknüttel tot! (Sehr gut! rechts.) Auch das Verbot der „Deutschen Zeitung“ wegen des Artikels „Wie lange noch?“ ist unerhört. In dem Artikel wird nur der Rücktritt der Männer ge-

fordert, die dem deutschen Volke Versprechungen gemacht haben, die sie nicht halten konnten oder nicht gehalten haben. Herr Scheidemann, der das Wort von der „verdorrenden Hand“ geprägt hat, hat daraus die Konsequenzen gezogen. Er wollte wohl seine Hand für andere Zwecke aufheben. Der Reichspräsident Ebert hat seinerzeit das Wort geprägt: „Dieser Vertrag wird nicht unterschrieben, komme was da kommen mag!“ Er hat diese Worte nicht durch die Tat wahr gemacht und ist trotzdem ruhig an seinem Plage geblieben. (Große Unruhe links.) Was hat Erzberger nicht alles versprochen und nicht gehalten. Trotzdem ist er ruhig im Amte geblieben. (Lebhafte Zurufe im Zentrum: Was hat Ludendorff nicht alles versprochen! — Andauernder großer Lärm.) Die neue Verfassung verbürgt jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung. Niemand darf ihn daran hindern. In diesem „Niemand“ gehören auch Sie, Herr Reichswehrminister; Sie handeln eben nach dem Grundsatze: Macht vor Recht! (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten und den Reichsparteien.) Sie regieren so absolut, wie Sie wollen. (Zuruf rechts: Herr v. Kessel war ein Waisenknaabe dagegen!) Kein Kaiser und kein König ist zu irgend einer Zeit so absolut aufgetreten wie Sie. Sie klammern sich den Teufel um den Parlamentarismus. (Andauernder Beifall rechts, große Unruhe links.) Ein Mann, der wie Sie hochgebente hindurch das Vertrauen zur Armee untermühlt hat, steht nicht auf seinem richtigen Posten. (Stürmischer Widerspruch und Rufen links. — Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske:

Die Ausführungen des Abg. von Gräfe haben der schweren politischen und finanziellen Lage des Reiches nicht Rechnung getragen. Was er trieb, war

Selbstmordpolitik.

(Sehr richtig! links.) Wir sind im aller tiefsten Unglück; aber dieses Unglück sollte man wenigstens mit Ernst und Würde zu tragen wissen. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Unser Volk ist in allen seinen Teilen ehrenvoll aus dem Kampfe gegen fast die ganze Welt hervorgegangen. (Beifall.) Es besteht Hoffnung, daß die Schwierigkeiten im Baltikum überwunden werden. Weiter kann die Eisenbahnverwaltung in Ostpreußen täglich nur zwei Züge aus dem Baltikum aufnehmen. Ob wir den Abtransport über See ausführen können, hängt von der Entente ab. Nichtswürdig ist die Behauptung, daß wir die berechtigten Forderungen der Reichswehr nicht erfüllen. Man vergesse nicht, daß Kämpel an Kohlstoffen und Geld herrscht. Es geht nicht an, daß Angelegenheiten des inneren Dienstes über eine Fraktion an mich gelangen. Das war auch der Grund für den plötzlichen Abschied des einen Offiziers, worüber ein Korredner Auskunft verlangte. Ich denke nicht daran, mit Offizieren weiter zu arbeiten, die sich nicht direkt, sondern auf Umwegen über eine Fraktion an mich wenden. (Hört, hört!) Der Marineetat ist schon auf 15 000 Mann heruntergebracht. Dagegen ist die Verringerung des Heeres nicht in dem Tempo erfolgt, wie wir es geplant hatten. Bei der Auswahl der Offiziere wird nicht nach der politischen Zugehörigkeit gefragt. In der

Fahnenfrage

hat der Korredner der Unabwägbarkeit das Wort geredet. Ob es zweckmäßig war oder nicht, die alten Fahnen zu ändern, bleibe dahingestellt. Die Verfassung hat es gelien, und die Verfassung ist zu beachten. In der Marine sind 60 Proz. aller Offiziere neuen Angestellter des Mannschafstandes vorbehalten. (Beifall links.) Natürlich muß für eine ausreichende Bezahlung vorgesorgt werden. Je notwendiger wird die Reichswehr brauchen, desto weniger darf man sie zum Parteigänger machen. Von links wird sie begeistert, von rechts untermühlt oder umworben. In der Arbeiterschaft herrscht die Befürchtung, sie könnte ein

Werkzeug der Gegenrevolution

werden. Das zeugt von geringem Vertrauen zur eigenen Kraft. Was das Verbot der „Deutschen Zeitung“ anlangt, sei festgestellt, daß sie mit einem solchen Maß von Geschmacklosigkeit in der Kritik vorgegangen ist, wie es niemals früher von der Gegenseite geschehen ist. Dazu kommt, daß das Verbot der „Deutschen Zeitung“ auch noch Unheil ist; in Weimar hatten auch die Vertreter der rechtsstehenden Partei erklärt, daß sie den Anhängern der Un-

terzeichnung die Ehrlichkeit der Ueberzeugung und den besten Willen nicht absprechen wollten. Es charakterisiert Herrn von Gräfe und einen Teil der Reichspresse, daß sie sich schäufend vor das Blatt stellen, das dieser Abmachung entgegen und gegen alle Loyalität und Anständigkeit sich erdreistet, einen so ehrenhaften Mann wie den Reichspräsidenten in nichtswürdigster Weise herunterzureihen. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Aber deshalb bin ich nicht gegen das Blatt vorgegangen, sondern weil es in gefährlicher Weise verfaßt hat, das Gefüge der Truppe zu lockern und zur Auflehnung gegen den Reichspräsidenten und die Regierung aufzurufen. (Hört, hört!) links, Widerspruch rechts.) Seinerzeit hat der Hauptvorstand der deutschen nationalen Volkspartei erklärt, ich hätte mich geirrt, er hätte mit der bekannten, in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ hergestellten Broschüre „Ginst und Jehu“ nichts zu tun. Herr von Gräfe fügte hinzu, der Verfasser wäre dem Hauptvorstand unbekannt. Jetzt ist der Besteller bekannt. (Hört, hört!) links.) Es ist

der Generallandwirtschaftsdirektor a. D. Dr. Rapp.

(Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum, Lärm rechts.) In der jetzigen Lage kann man mit sentimentaler Gefühllosigkeit keine Politik machen. Das Reich ist mehr bedroht als je im Kriegsdeutschland blüht aus tausend Wunden, aber es lebt. Wer das Reich gefährdet, ist als Schädling zu bekämpfen. (Lebhafte Beifälle bei der Mehrheit, Lärm rechts.) Ich habe jetzt einen Befehl unterzeichnet, indem zum Ausdruck gebracht wird: Je geringer die Truppe ist, um so schärfer wird zugefaßt. (Lebhafte Beifälle.) Wenn es gilt, ein Volk von 60 Millionen zu retten, so können auch Späne fliegen, wenn es nicht anders geht. (Lebhafte Beifälle bei der Mehrheit — Rufen rechts.)

Reichsminister Dr. David:

Wenn man Herrn von Gräfe gehört hat, so weiß man, wie sehr halb das deutsche Volk in ein so entsetzliches Unglück hineingekommen ist. Das ist der Geist, der an dem Zusammenbruch schuld ist. (Zustimmung links.) Diese Leute haben

die Einheit zermürbt,

indem sie jeden als Vaterlandsverräter hinstellten, der vom Verteidigungsstrategie sprach, der eine Verständigung wollte. Ihr Ziel waren Machterweiterung und Eroberungen. (Abg. Rumm: Wer hat das gewollt? — Große Unruhe links und Zurufe: Sie selbst!) Sie, Herr Rumm, sind hinter der Front unbergereist und haben für die Verlängerung des Krieges gewirkt. Damit haben Sie die Front in der Heimat und draußen durchbrochen. (Zuruf: Vaterlandspartei!) Gleichzeitig haben Sie dafür gesorgt, daß aus dem europäischen Kriege ein Weltkrieg wurde; Sie haben

und Amerika auf den Hals geholt.

Herr von Gräfe war damals der lauteste Schreier. (Sehr richtig! links.) Erst nach dem völligen militärischen Zusammenbruch verlangten Sie auf einmal den Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden. Von unserm Parteipunkt aus hätten wir damals, als der Zusammenbruch da war, nicht in die Regierung einreten dürfen, sondern Ihnen den Vortritt überlassen müssen. (Zuruf links: Dann wären sie heute nicht so froh!) Aber um noch zu retten, was zu retten war, traten wir in die Regierung ein. Jede Woche, die wir die Situation noch hingezögert hätten, hätte sie nur verschlimmert. Ein Generaloberst schlug mir damals vor, eine Massenerhebung des ganzen Volkes herbeizurufen. Er glaubte aber auch, daß wir dann nur noch vier bis fünf Wochen aushalten könnten. Auf meine Frage, ob er glaube, daß die politische Situation dann eine bessere sein würde, blieb er mir die Antwort schuldig. Und diese unsere Lage soll die Entente nicht gekannt haben? (Bewegung.) Die deutsche Niederlage als eine Folge der Revolution hinzustellen, ist also eine grobe Entstellung der Wahrheit, eine

Befähigung unseres Volkes und unseres Heeres.

Der Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. von Gräfe, der jetzt die Männer bekämpft, die den Frieden unterzeichneten. (Abg. Schulz (Dnat.): Warum hat ihn Herr Scheidemann nicht unterzeichnet? Es wird Ihnen nichts von dem Glend erspart, daß Sie vermeiden wollten!) Die Franzosen brannten darauf, einzumarschieren, Deutschland im Westen zu

Montrose.

9) Detektivroman von Sven Eivestad.

Bei dem Verhör auf dem Polizeiamt, das jetzt folgte, verstärkte sich noch der Eindruck, daß Arnold Singer sich mit Absicht in ein geheimnisvolles Dunkel einhüllte. Er ließ sich auf keine näheren Angaben ein, blieb nur bei dem einen, daß er Gärtner sei und die letzten Tage in Abbe Montroses Garten gearbeitet habe. Seine Absicht war nicht schwer zu durchschauen. Der einzige Beweis für seine Teilnahme am Verbrechen war die Photographie, die in dem Chaos der Bibliothek gefunden worden war und die er bei der Schlägerei wahrscheinlich aus der Tasche verloren hatte. Wenn es ihm nun gelang, einen glaubwürdigen Grund für die Anwesenheit dieser Photographie in der Bibliothek zu geben, hatte er Aussicht, diesen Beweis aus dem Weg zu räumen. Wenn er beweisen konnte, daß er wirklich dort gearbeitet hatte, würde er viel gewonnen haben.

Und Arnold Singer schien es tatsächlich für möglich zu halten, daß er es beweisen konnte.

Er sagte: „Ich habe die letzten vier Tage in Abbe Montroses Garten gearbeitet, und habe gestern Abend meinen Lohn für die Arbeit von Abbe Montrose selbst empfangen. Ich sah, daß der Abbe die Auszahlung auf einem Stück Papier notierte, das sich vielleicht noch in der Bibliothek befindet. Es war ein Betrag von dreißig Kronen.“

Dagegen weigerte er sich hartnäckig, nähere Aufschlüsse darüber zu geben, woher die tausend Kronen stammten, die er seinem Schwager in der Nacht gegeben hatte.

Auch der Beweggrund zu dieser seiner Weigerung war leicht zu durchschauen: Er wollte Zeit gewinnen, um vielleicht einen Ausweg zu finden, womit er diesen Umstand ebenfalls erklären konnte.

Dies alles überzeugte Keller davon, daß Arnold Singer ein ungewöhnlich schlauer Verbrecher sein müsse. Abbjörn Krag zweifelte ebenfalls nicht an der Verfaßtheit des Mannes, doch war da etwas in dem überlegenen Auftreten des Arbeiters, das ihn unsicher machte.

Der Tag verging damit, Befragungen für die Knappgefaßten Aufklärungen, die man von Singer erhalten hatte, zu finden. Außerdem hatte Detektiv Keller seine liebe Not, etwas über das frühere Leben des Verhafteten zu erfahren.

Singer hatte sich auch auf diesem Punkt in geheimnisvolles Dunkel eingehüllt. Glücklicherweise aber war Keller hier nicht allein auf den Arbeiter angewiesen. Er konnte sich vor allen Dingen an die Frau halten, die nicht imlaunde war, in ihrem Unglück irgend etwas zu verbergen. Außerdem hatte er den Schwager Charlie, der eifrig bemüht war, der Polizei zur Hand zu gehen, weil er darauf brannte, die Polizei von seiner eigenen Unschuld zu überzeugen.

Diese Nachforschungen brachten dem eifrigen Keller sündere Resultate. Und während er noch damit beschäftigt war, kamen die Zeitungen mit ihren Berichten. Die Zeitungen stellten die Frechheit des Verbrechens ist. Sie konnten mitteilen, daß die ganze Klasse geplündert war und ein mörderischer Ueberfall stattgefunden hatte. Alle Zeitungen waren sich darin einig, daß Abbe Montrose ermordet und seine Leiche zu irgendeinem Zweck fortgeschafft worden war. Ferner waren die Zeitungen sich darin einig, daß die Polizei jetzt ernstlich zwischen den Mysterien des berüchtigten Mayonaise-Viertels aufräumen müsse. Zum Schluß konnte man noch mitteilen, daß der bekannte und in der ganzen Welt berühmte Abbjörn Krag an den Nachforschungen teilnahmte.

So stand die Sache, als Krag und Keller sich an dem Nachmittage im Kontor der Detektiv-Abteilung trafen.

Man hatte Abbe Montroses Notiz über die 30 Kronen, die er an dem Arbeiter Singer ausgezahlt hatte, gefunden. Also bis auf weiteres waren die Angaben des Verhafteten richtig.

„Vorläufig“, sagte Keller, „müssen wir über eine Hauptperson und zwei Nebenpersonen Näheres feststellen. Etwas habe ich schon von ihnen erfahren: Sehen Sie her, hier habe ich die Sache aufgezeichnet. Es ist eine merkwürdige Geschichte.“

Keller hatte das Ganze schematisch geordnet. Er las vor:

- I. Arnold Singer, Gärtner.
II. Gary Whist, seine Frau.
III. Charlie Whist, sein Schwager, kürzlich aus dem Gefängnis entlassen.

Krag sah dabei und spielte mit dem Halstuch, das man in der geplünderten Bibliothek gefunden hatte, das Halstuch in den leuchtenden spanischen Farben, in Rot und Gelb. „Sie können noch einen Punkt hinzufügen“, sagte er, „nämlich:

IV. „S. Ch. Anderjen.“ Keller bemerkte: „Mich dünkt, diesen Namen habe ich schon mal gehört.“

„Sehr wahrscheinlich“, antwortete Krag, „denn es ist der Name des berühmten Dichters, der das Märchen von dem „häßlichen grauen Entlein“ geschrieben hat.“

VII. Eine Mannsperson.

„Aber“, fuhr der Detektiv scherzend fort, „der berühmte Dichter kann nichts dafür, daß er einen Namen trug, der seit zweihundert Jahren in seinem Heimatland Dänemark sehr allgemein war. Sie können sicher sein, daß ein Mann, der Hans Christian Anderjen heißt, an den freundlichen dänischen Gestaden zu Hause ist.“

Krag breitete das spanische Halstuch auf und ließ die Farben im Sonnenschein, der durchs Fenster fiel, leuchten. „Jedenfalls ist es bei dem Besitzer dieses Luches der Fall“, sagte er, „bei Hans Christian Anderjen, dem dänischen Leichtmatrosen auf der Brigg „Eddystone“. Der ist Nummer IV auf unserer Liste.“

„Auf diesen Namen bin ich bei der Affäre Montrose noch nicht gestoßen“, sagte Keller. „Wo zum Teufel haben Sie den aufgefischt? Steht dieser Name auf dem abschließlichen Halstuch?“

„Nein“, antwortete Abbjörn Krag, „hier steht ein anderer Name: Cienfuegos, Bilbao.“

„Ist das vielleicht Nummer IV?“

„Keineswegs, das ist nur der Firmennamen. Er steht hier oben in der Ecke. Können Sie sehen, Keller, das Halstuch ist ganz neu und von besser Seide. Einer der Verbrecher hat es in der Hufe des Gefechts in der Bibliothek verloren. Wahrscheinlich hat er es nur das eine Mal getragen. Es ist ein typisches Seemannshalstuch, wie sie in den spanischen Häfen in den kleinen Kasentäden verkauft werden. Es gehört kein besonderer Scharfmann dazu, um dies als eine Spur zu erkennen. Im Laufe des Tages habe ich Nachforschungen am Hafen anstellen lassen und erfahren, daß das Segelschiff „Eddystone“ vor fünf Tagen aus Bilbao gekommen ist und daß einer der Leichtmatrosen gestern zum ersten Male Landurlaub gehabt hat und mit solch einem Halstuch an Land gegangen ist. Dieser Matrose ist Däne und heißt Hans Christian Anderjen, was indessen das einzige ist, was er mit dem Verfasser des „häßlichen grauen Entleins“ gemein hat.“

„Donnerwetter“, rief Keller, „das ist ja ein äußerst wichtiger Aufschluß.“ (Fortsetzung folgt.)

ampulieren und im Süden auseinanderzureißen. Der Bürgerkrieg in seiner furchtbarsten Form wäre die Folge der Nichtunterzeichnung gewesen. Da hielten wir die Annahme der feindlichen Bedingungen für

#### das kleinere Übel,

eine Hinausschiebung um 4 Wochen wäre das Schrecklichste für unser Volk gewesen; sie hätte Tausende von Menschenleben gekostet. Darum kann man nur annehmen, daß der Abg. Schulz den ungeheuren Ernst der damaligen Lage nicht erkannt und ebensowenig die Gefahren, die uns jetzt noch drohen. Die Rede des Herrn v. Gräfe ist nur eine

#### Propagandarede für die Bolschewisten.

Sie (nach rechts) wollen die Revolution von links und dann kommt die Reaktion von rechts, wie in Ungarn. (Abg. Schulz: Wie kommen Sie dazu, uns so etwas zu unterstellen?) Weil das die einzige psychologische Erklärung ist. Denken Sie die Rede des Abg. v. Gräfe mit Ihrer Partei, so wird das Volk dafür mit Ihnen abrechnen. Ketten kann uns nur das Zusammenstehen aller Parteien auf der großen einheitlichen Linie; halten wir zusammen, dann sind wir stark genug, der Gefahr von rechts und links zum Trotz den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Der unbeschränkte U-Bootkrieg und der Krieg mit Amerika haben uns die Niederlage gebracht. Es ist unerhört, wie Ludendorff durch seine Artikel in der Reichswehr behauptet. Als großen Heerführer haben wir ihn immer anerkannt. Er ist ein Freund der Soldaten war, das steht auf einem anderen Blatt. Wenn Sie (nach rechts) von monarchischem Gewissen sprechen, so will ich Ihnen sagen: Das „Recht“ der Mittelbader und der Bahlinger ist älter als das der Hohenzollern. Es gibt aber jetzt gar keine andere Möglichkeit, unseren Staat und unser Volk zu retten, als diesen Staat, den wir jetzt haben, möglichst stark zu erhalten. Wir Demokraten sind ehrliche Anhänger einer gerechten Verfassung. Als unerträglich müssen wir aber unsere Entwerfung gegenüber der schrankenlosen Bewaffnung der anderen empfinden. (Zustimmung.)

Abg. Krenn (U. Soz.): Wenn die Reaktion wieder so dreiste Reden hält, wie wir es vom Abg. Gräfe erlebt haben, so sind das die Produkte der Verhältnisse, die Herr v. Gräfe geschaffen hat. (Rein, Spartakus und U. S. P.!) Die Rechtssozialisten haben genau soviel Schuld an der Verlängerung des Krieges wie die nationalen Parteien. Nur unsere Partei hat vom ersten Tage an die Kriegspolitik bekämpft. (Lebhafter Ruf: Wo denn? 17 von den 25 haben für die Kredite gestimmt!) Das ist nicht wahr, ich weiß es ganz genau. (Rumert hat längst festgestellt, daß er als einziger am 4. August 1914 hinausging. Red.) Bei 204 Millionen Reichsmark Schulden setzt man für die Reichswehr mehr als eine Million monatlich aus. Der Militarismus lautet schlimmer als je an dem Mark des Volkes. In ökonomischen Stellen glaubt man, die allgemeine Dienstpflicht bestimme immer noch. Auf die Bewehrung eines Vaters erklärte ein Generalkommando, der Sohn könne noch nicht entlassen werden, weil er seiner Dienstpflicht noch nicht genügt habe. Und eine Petition in der Angelegenheit hat der Ausschuss der Nationalversammlung für erledigt erklärt. (Zurufe: Der Mann war ja längst entlassen! Das ist eine bewußte Fälschung!) Die

#### Verbungen für das Baltikum

werden bis heute noch fortgesetzt. Soeben haben wir eine Menge Material darüber den amtlichen Stellen übergeben. Die falschen Urlaubsscheine, mit denen die Angeordneten über die Grenze kommen, werden in Berlin mit amtlichen Stempeln versehen. Am Montag ist sogar von Tempelhof ein Pferdetransport abgegangen. Die Wenden zahlen den Eisenbahnbeamten Schmiergelder, damit sie die Transporte unterstützen. (Wenn das ein S. P. D. sagte, wäre er ein „kautschuker Verleumder“!) Vor einigen Tagen sollte der gesamte Bestand des Bahnhofs Witau verschoben werden. Die Beamten wurden verhaftet, aber von Offizieren wieder befreit. Das ist die Anarchie unter der Diktatur Rostk. In der französischen Kammer haben unsere Genossen offen ausgesprochen, daß das deutsche Reichswirtschaftsministerium gemeinsam mit den französischen Militaristen und Imperialisten die Kämpfe im Baltikum führt. (Heiterkeit.) Es wurde auch festgestellt, daß 5000 Maschinengewehre Erbsberger auf seinen Wunsch zu dem Zweck überlassen worden seien, um gegen die Revolution gebraucht zu werden. Um die Verfügungen des Wehrministers kümmert sich in Wensa mehr: das beweisen die Fälle von der Gold- und Oberst Reinhardt. Hauptmann von Flugel-Hartung, der im Liebnicht-Wald eine Rolle gespielt hat, ist immer noch im Dienst. Und andere Mörder sind zu Offizieren befördert worden. Die Liste der noch im Dienste befindlichen Generale enthält fast ausschließlich feindliche Namen. Wenn ein Oberstleutnant oder Witzelbacher eines Tages wieder erscheint und Herr Rostk absieht, so hat er sofort wieder einen fertigen Apparat, denn diese Herren werden sich ihnen mit der größten Liebe zur Verfügung stellen. Der Major von Giska ist immer noch die rechte Hand des Ministers; dieser hat es noch nicht für nötig gehalten, einen Offizier aus seinen Kreisen an seine Stelle zu setzen. (Das Geschrei über Völkervereinigung möchten wir hören, wenn das geschähe, Red.) Das Streikrecht, das heiligste Gut, das wir haben, wollen die reaktionären Generale dem Proletariat nehmen. (Abg. Semmler [Dnat.]: Das gilt nur für die Nichtarbeiter!) Und wie die Wieder, so das Haupt. Nach der Verfassung darf die Verhängung des Belagerungszustandes und das Eingreifen des Militärs nur im Einvernehmen mit den Zivilbehörden durchgeführt werden. Die Militärs sehen sich aber in Mitteldeutschland, wo Unabhängige die Kreisbehörden beherrschen, über diese Bestimmungen hinweg. Wir verlangen Aufhebung des Verbots der „Republik“, des Organs der Arbeiterräte. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß

#### für den 9. November.

besondere Bestimmungen erlassen worden sind. Dieser Revolutionstag ist für uns schon lange kein Feiertag mehr. Auf dem Königstein ist der Hungerstreik ausgebrochen. (Schlußruf: — Jurist: Treten Sie in den Hungerstreik ein!) Die nächsten Worte des Redners gehen in den Schlußrufen verloren.) Sie (zur Rechten) brauchen eine Armee für die Bewand. Wir dulden nicht, daß auf diese Weise Steuer-gelder vergeudet werden. Zwischen Rostk und Wilhelm sind mehr große Rehnstücken. Wir haben 1870/71 28 000 Tote gehabt, wenn es uns nicht gelang, die Waffen im Raum zu halten, dann wird diese Zahl im inneren Krieg bald überschritten sein. (Zuruf: Spiegelberg, ich kenne dir!) Es führt keine Brücke von den Rechtssozialisten mehr zu uns. (Zischen bei der Rechten, Beifall bei den U. Soz.)

(Schluß im Hauptblatt.)

## Groß-Berlin

### Der Mord an dem Sicherheits Soldaten.

Das geschehene Verbrechen an dem Sicherheits Soldaten in der Frankfurter Allee scheint seiner Auffklärung entgegenzu-gehen. Es ist der Kriminalpolizei gelungen, einige Zeugen zu ermitteln, die über den Vorgang wichtige Befunde machen können. Besonders wertvoll ist die Aussage eines Zeugen, der gegen 4 Uhr vormittags an dem Tatort vorbeigekommen ist. Ihm begegnete an der Petersburger Straße drei Männer, von denen er im Vorbeigehen hörte, wie der eine sagte: „Es sieht nicht gut aus.“ Sie kamen dann hinter ihm her bis zu dem Hause in der Frankfurter Allee, vor dem der Soldat erschossen worden ist. Sie machten sich an der Haustür zu schaffen, abscheinend um sie aufzuschließen. Als sich der Neuge umschaut, riefen sie ihm an, er solle keines Weges gehen und machen, daß er fort-komme. Dieser versteckte sich hinter einer Anschlagtafel. Von hier aus sah er vier Männer beimessen gehen. (Abg.)

lich fiel ein Schuß und einer der vier Männer fiel um und blieb liegen, während die drei anderen ruhigen Schrittes nach der Petersburger Straße davongingen. Der Neuge fand den Sicherheits Soldaten, aus einer Kaputurde schwer blutend, besinnungslos auf dem Bürgersteig liegen. Um ihn herum standen noch mehrere andere Leute, darunter auch etwa 6 bis 7 Straßenbahner, die erzählten, den Vorgang ebenfalls beobachtet zu haben. Danach scheint der Sicherheits Soldat, Unterwachtmeister Otto Hermann, auf dem Rückwege zufällig die Frankfurter Allee an der Stelle überquert zu haben, an der die drei verdächtigen Gestalten sich an der Haustür zu schaffen gemacht hatten. Die drei Männer haben vielleicht angenommen, daß er sich im Dienst befinde. Um einer Verhaftung zu entgehen, haben sie wohl kurzerhand ihre Schußwaffe gezogen und den Sicherheits-

### Juristische Sprechstunde

Sprechzeiten:  
Montag, Mittwoch, Freitag 2 bis 5 Uhr  
Dienstag und Donnerstag 3 bis 6 Uhr  
Sonnabend 3 bis 5 Uhr

Soldaten niedergeschossen. Die Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, diese drei Männer ausfindig zu machen. Nach der Beschreibung des Zeugen trug der eine einen langen, braunen Sammtmantel und eine Schirmmütze und entweder einen weißen Kragen oder ein weißes Band um den Hals. Er ist etwa 1,74 Meter groß und hat schwarzes Haar. Der zweite ist etwas kleiner, hatte ein unraffiertes Gesicht und einen kleinen, dunklen Schnurrbart. Er trug einen dunklen Mantel, einen dunklen Jagdtaschensack und einen weichen, dunklen Hut und war ohne Kragen. Der dritte Mann hatte Mittelgröße, ein volles Gesicht und ist etwa 25 Jahre alt, sah aber jünger aus. Er trug einen schwarzen Mantel und eine blaue Mütze, die er nach hinten zurückgeschlagen hatte. Zweifelslos sind diese Männer die Täter. Wer über sie irgend welche Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Gennat und Trettin im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Die Obduktion der Leiche ergab, daß die Kugel unterhalb des linken Auges in den Kopf eingedrungen und an der Schädelkapsel wieder herausgetreten ist. Sie hatte den sofortigen Tod herbeigeführt.

### Arbeiterturner und Politik.

Der 1. Kreis der Arbeiter-Turner- und Sport-Bundes verleiht über seinen außerordentlichen Turntag in Rottbus einen Verzicht, der geeignet ist, die Öffentlichkeit irreführen, da er wesentliche Punkte verschweigt. In einer Resolution, die von der radikalen Mehrheit des Kreisrates mit 154 gegen 74 Stimmen angenommen wurde, heißt es: Der Kreisrat erneuert sein Bekenntnis zur zeitigen Diktatur des Proletariats. Damit hat er sich auf das Programm der U. S. P. und A. P. festgelegt. Dieser sowie eine Reihe anderer Beschlüsse der hohen vollständig gegen die Richtlinien des Bundes, die alle sozialistischen Richtungen für gleichberechtigt erklären. Der Kreisrat hat eine im Sinne des Bundes gefasste Resolution mit 99 gegen 123 Stimmen abgelehnt! Die größte Torheit aber wurde begangen durch den Beschluß, die Mitarbeit an staatlichen und städtischen Jugendinstitutionen abzulehnen. Die Folge wird sein, daß in der Mark Brandenburg die bürgerlichen Turner und Sportler allein darüber beraten, was zur Förderung von Turnen und Sport zu geschehen hat und wie die staatlichen und städtischen Gelder zu verteilen sind. Jahrzehntlang hat der Bund für seine Gleichberechtigung gekämpft, und nun er sie hat, verzichtet er grobköpfig darauf. Dieser Beschluß verstößt gegen die Bundesbestimmungen ebenso wie der nachfolgende: frühere und jetzige Angehörige der Reichswehr, Grenzschutz usw. sind den Arbeiterturnvereinen fernzuhalten.

Ueber die Gründe für die Nichtaufnahme der Freien Turnerschaft Berlin in den Bund wird durchaus unvollständig berichtet. In der Resolution heißt es ausserdem, nachdem das vorkommende unabhängig-kommunistische Programm — wozu noch der Kampf gegen die Kirche kommt — als maßgebend für den 1. Kreis festgelegt ist: „Der nach dem 9. November diesen Gebilden nicht den Kampf anjagt, stürzt sie. Datum ist die Aufnahme der Freien Turnerschaft Berlin in den 1. Kreis abzulehnen.“ Tatsächlich ist die Aufnahme deshalb abgelehnt worden, weil Berlin „Rechte“ erklärt hatte, aus dem Bund auszuscheiden, sobald die Aufnahme der Freien Turnerschaft Berlin statufindet, und nachdem der Kreisvertreter bereits auf dem Bundesturntag erklärt hatte, dieser Verein müsse vernichtet werden. Dieses Vorgehen bedeutet einen Terrorismus, der den Streit innerhalb der Arbeiterturnvereine nur noch verschärfen wird. Die Arbeiterturner legen damit die Unterdrückung und Rechtsmache weiter fort, die sie vor dem Kriege aus schärfster Bekämpfung haben, als sie vom preussischen Kultusministerium ausgeht wurde! Die radikale Mehrheit des Kreisrates hat sich nur von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Den Vorteil davon werden aber nicht die Arbeiterturner, sondern die bürgerlichen Turnvereine haben.

### Die Erhöhung der Schulgelder.

Der preussische Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister für den Bereich der vom Staate zu unterhaltenden, der vom Staate verwalteten nichtstaatlichen und der vom Staate und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden höheren Lehranstalten vom 1. Oktober 1918 ab die Schulgelder allgemein wie folgt festgesetzt:

I. Höhere Lehranstalten für die männliche Jugend: Für die drei Oberklassen Obersekunda, Unterprima und Oberprima der Volkshochschulen (Gymnasien, Realschulen und Oberrealschulen) auf 220 M. für die unteren und mittleren Klassen (Sekta, Quinta, Quarta, Untertertia und Obertertia) der Volkshochschulen, für die Progymnasien und die Realschulen auf 200 M. für die Realschulen auf 160 M. Bei den jetzigen Realschulen die mit gymnasialen oder realschulischen Lehranstalten verbunden sind und mit solchen einen gemeinsamen Unterricht haben, ist der Schulgelddatz von 200 M. zu erheben. Hinsichtlich des Schulgeldes bei den noch bestehenden Vorschulen bleibt es bei dem Grundsatze, daß diese sich aus ihren eigenen Einnahmen erhalten müssen. Das Schulgeld darf 160 M. nicht übersteigen.

II. Höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend: Für die Studienanstalten auf 200 M. für das Oberstudium (wissenschaftliche Klassen, Seminar- und Frauenstudien) auf 220 M. für das Lyzeum, Ober- und Mittelschule auf 200 M., Unterstufe auf 180 M.

III. Für die vom Staate zu unterhaltenden Mittelschulen: Ober- und Mittelschule auf 92 M., Unterstufe auf 72 M. Soweit höhere Sätze bereits erhoben werden, sind diese beizubehalten.

Die Angehörigen der Kriegsgefangenen werden darauf hingewiesen, daß es sich zur Vermeidung von Verlusten empfiehlt, an die in englischer, amerikanischer und italienischer Macht befindlichen Gefangenen keinerlei Brief-, Paket- oder Geldsendungen mehr abzuschicken. An Gefangene, die sich in britischer Hand, aber auf französischem oder belgischem

Boden befinden, werden Postsendungen überhaupt nicht mehr befördert. Soweit ein Postverkehr möglich ist, können Sendungen an Gefangene in französischer, belgischer, polnischer und rumänischer Gewalt noch wie vor aufgegeben und befördert werden.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich ein 16-jähriger Lehrling der Firma Otto Rathge. Er blieb mit gerichtetem Schädel auf dem Wasser liegen und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Spurlos verschwunden ist seit Montag voriger Woche die 20 Jahre alte Seminaristin Hildegard Haese, die in Berlin am Mariannenplatz 27 wohnte. Die Vermisste suchte an jenem Montagmorgen ihre Schneiderin in der Johannisstr. 3 auf. Als sie gegen 5 Uhr wieder wegnah, sagte sie der Schneiderin, daß sie einen Spaziergang nach der Jungfernheide machen wolle. Seitdem hat sie nichts mehr von sich hören oder sehen lassen. Auf ihre Ermittlung ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. — 500 Mark Belohnung erhält, wer den Verbleib des 22 Jahre alten Hans Friedrich Walther vom Graf-Röbern-Karlo Nr. 2 zu Berlin-Koenig nachweist. Walther ist am 6. d. M. von dem Grundstück Dianstr. 28/29 in Weidmannslust weggegangen und seitdem verschwunden. — Vermißt wird seit vergangener Freitag der 65 Jahre alte Kaufmann Hugo Lipschütz, der sich aufhielt im Sanatorium von Dr. Mehl in Schichtensee aufschloß. Es wird vermutet, daß er einem Verkehr auf dem Ocker gefallen ist. Es ist aber auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er in geistiger Unmachtung Hand an sich gelegt hat. Die Angehörigen des Vermissten haben für seine Ermittlung 500 M. zur Verfügung gestellt.

Der Minister für Volkswirtschaft hat die Bezirkswohnungs-kommissionen angewiesen, auf die Gemeinden einzuwirken, daß sie möglichst viel Land in der Umgebung von Industriestädten und vor allem von Städten zu billigen Preisen unmittelbar an die nicht Land besitzende Bevölkerung oder an gemeinnützige genossenschaftliche Organisationen zur Anlage von Kleingärten abgeben.

Wachtelstunde Lichtbilderüberträge über Tuberkulose finden morgen abend 8 Uhr an folgenden Orten statt: Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Schule, Ankerstr. 24, und Herder-Schule, Bismarckstr. 4; Marienborf, Oberrealschule, Kaiserstr. 17-21; Ober-Schneeweihe, Hindenburg-Schule, Juppelstr. 13; Wankow, Realschule, Köpinger Str. 12; Schöneberg, Hamilla-Schule, Barbarossaplatz 5; Treptow, Realschule, Neue Krugallee 6; Tegel, Humboldt-Schule, Graf-Röbern-Karlo.

Die erste Berliner Kindererholungs- und Besichtigung des Schmutzes in Wort und Bild e. B. in der Parkhalle am Arminiusplatz im Winter 1910/11 begründet worden ist, hat Dienstag, den 28. Oktober, den Betrieb wieder aufgenommen. Sie ist Dienstag und Freitag von 4 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet.

Achtung! Mitglieder der Konsumgenossenschaft! Heute 5 Uhr im Lehrervereinshaus: Generalversammlung der Konsumgenossenschaft. Erscheinen aller Genossen dringend erforderlich.

Generalversammlung der Sozialdemokratie. Veg. Norden-Bezirksvereinigung am 31. Okt., abends 7 Uhr, in Wilmersfeldstr. 23, Schewter-Str. 23. Die ursprünglich im Lokal Volkmannstr. 43 in Aussicht genommene Versammlung fällt aus.

Aufbau und Werden. Heute abend 7 1/2 Uhr spricht in der Aula der Gemeindefschule, Stephanstr. 27, Genosse Otto Vera, ehemaliger Vorkämpfer der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg, über „Sowjet-Russland und das deutsche Proletariat“. Eintritt frei.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde durch das Auftreten einer Deputation vom Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten gestört. Die Delegation, der Stadtverordnetenversammlung ihre Forderungen und Wünsche unterbreiten zu können. Es entspann sich eine lebhaft Debatte darüber, ob die Deputation anzuhören ist. Die Vertreter aller Parteien erklärten einstimmig, daß die Kriegsbeschädigten ihre Wünsche auf dem ordnungsgemäßen Wege zur Geltung bringen müßten. Man dürfe unter keinen Umständen zulassen, daß sich ähnliche Zustände wie in anderen Stadtverordnetenversammlungen entwickeln. Nachdem die Zulassung der Deputation abgelehnt worden war, nahm ein großer Teil der eingedrungenen Kriegsbeschädigten auf der Tribüne Platz. Sie versuchten durch Zwischenrufe in die Verhandlungen einzugreifen. Die Ermahnungen des Leiters der Versammlung wurden nicht befolgt und schließlich wurde an die Diener des Tribünen gestellt, diejenigen Personen von der Tribüne zu entfernen, welche die Verhandlungen durch Zwischenrufe störten. Unter großem Tumult entfernten sich darauf die auf der Tribüne befindlichen Kriegsbeschädigten. Schließlich mußte die Sicherheitswehr, die inzwischen erschienen war, eingreifen, um die Ruhe wiederherzustellen. Im die Demonstranten nicht durch den Anblick der bewaffneten Sicherheitskräfte zu erregen, nahm die Sicherheitsmannschaft im Bortraum am Sitzungssaal Aufnahme. Das brannte die Unabhängigen, einen Antrag auf sofortige Enttarnung der Sicherheitsmannschaft zu stellen, der abgelehnt wurde. Darauf verließen die Unabhängigen geschlossen den Saal und machten sich die draußen tobende Erregung zunutze, um bei den Anwesenden Erörterungen für ihre Partei zu machen.

Neukölln. Ein „weiser Mann“ wurde hier dingfest gemacht. Der 32 Jahre alte Kaufmann Georg Kreuzbinger aus der Bismarckstr. 89 leistete gegen Entgelt unerlaubt Beihilfe. So nahm er einer jungen Kontoristin für seine „Dille“ 250 M. ab. Die Neuköllner Kriminalpolizei nahm ihn fest und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Räte in den Brotkommissionsbezirken 91-97, 103, 194, 200, 213, 219 und 220.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

### Aufruf

an alle Angestellten und Privatbeamten in Handel und Industrie, in Banken und im Versicherungsgewerbe!

Die Ereignisse seit 9. November 1918 haben auch in unseren Reihen aufreißend gewirkt. In immer weiteren Kreisen bricht sich die Überzeugung Bahn, daß nur der Sozialismus uns vorwärts bringen kann. Nun gilt es, sich zu sammeln und neue Anhänger zu gewinnen. Wir wollen als Partei ohne Unterbrechung der Stellung und des Berufes den Sozialismus planmäßig verwirklichen. Die kommenden Wahlen zu den Betriebs-, Bezirks- und Reichswirtschaftsräten, den Gemeindevertretungen, dem Landtag und Reichstag erfordern eine einheitliche Aktion gegen rechts, aber auch eine einheitliche Auffklärung aller Arbeitergenossen, insbesondere der links von uns stehenden, welche ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse, wenn auch in guter Absicht, aber zu unser aller Verderben mit dem Kopf durch die Wand wollen. Nicht als Partei in der Partei, sondern zur besseren Erreichung unseres Zieles zusammen mit allen auf unserem Boden stehenden Volksgenossen ist der

### E. P. D. Werbeauschuß der Angestellten

gebildet worden.

Kollegen und Kolleginnen, Genossen und Genossinnen, sendet Eure Adressen unter Angabe des Betriebs, sendet Eure Beitrittserklärungen an das Bezirkssekretariat der E. P. D. Werbeauschuß für Angestellte, Berlin W 9, Beakowstr. 7.

Alles weitere wird dann bekanntgegeben. Beachtet unsere in nächster Zeit erscheinenden Anzeigen im „Vorwärts“.

Der E. P. D. Werbeauschuß der Angestellten.

24. Abt. Stenographie-Unterrichtsanstalt, System Stolz-Särgel, Beginn morgen abend 6 Uhr bei Ködler, Oranienburger Str. 60 b.

Der Soldatenrat auf der Anklagebank.

Die große Streikbewegung in den Kasernen, die im April so erhebliches Aufsehen hervorrief, hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel gefunden. Vor dem Oberkriegsgericht des II. Armeekorps hatte sich der Soldatenrat des Infanterieregiments Nr. 62 (Gottbus) wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Maßnahmen der Heeresverwaltung und zur Verweigerung des Gehorsams sowie wegen Aufreizung durch Erregen von Mißgunstigen unter der Truppe zu verantworten. Auf der Anklagebank saßen der Offizierstellvertreter Dupasch, der Unteroffizier Wenzke, der Grenadier Mediger und der Gefreite Dreter. Gemeinsam mit dem Sergeanten Madenjan, der zurzeit im Irrenhause sitzt, bildeten die Angeklagten den Soldatenrat des Regiments. Der Anklage lagen folgende Vorgänge zugrunde: Am 4. April d. J. erschien eine Verfügung des Kriegsministeriums, nach der die Mannschaften der Jahrgänge 08-1900 mit dem 30. April zu entlassen waren. Durch diese Verfügung wurden gleichzeitig die Gehaltsverhältnisse der Mannschaften und Unteroffiziere auf den Friedensstand herabgesetzt. Die Zulassungszulage von 2 Mk. kam bei 90 Proz. der Mannschaften nicht in Betracht. In einzelnen Regiments war die Erbitterung derart, daß man den Dienst verweigerte. Auch im Regiment Nr. 62 ließ der Soldat die Welle der Erregung hochgehen. Die Vertrauensleute des Regiments wiesen in einer Sitzung den Soldatenrat an, einen geharnischten Aufruf zu verfassen. Dies geschah auch. Es wurde eingangs in dem Schriftstück darauf hingewiesen, daß, falls der Befehl erteilt werde, mit dem 1. Mai viele Tausende von Vaterlandsverteidigern erwerbslos würden. Die Verfügung der Regierung sei in schmähtlicher

und ungerechter Weise erlassen worden. Eine Aktion des Heeres müsse erfolgen. Nur als allerletztes Mittel wolle man in den Generalstreik eintreten. Dieser Aufruf wurde an sämtliche Soldatenräte der Division sowie an den Korpsfeldwebel abgegeben. Bei ihrer Vernehmung bestritten die Angeklagten sämtlich, die Absicht gehabt zu haben, unter den Mannschaften einen Aufruf hervorzurufen. Sie hätten im Gegenteil alles nur erdenkliche getan, um einen solchen zu vermeiden. Und während es in einer Reihe anderer Garnisonen tatsächlich zum Streik in den Kasernen gekommen sei, hätten die Angeklagten diesen in der Garnison Gottbus durch ihr tatkräftiges Eingreifen verhindert. Diese Angaben der Angeklagten wurden in der eingehenden Vernehmung bestätigt. Das Oberkriegsgericht erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnunglücke. Nachdem Mittwoch morgen 6 1/2 Uhr der Personenzug Raumburg-Erfurt-Weba die Station Reudietendorf verlassen hatte, fuhr er ein aus entgegengekehrter Richtung kommender Güterzug in die Flanke. Sieben Wagen des Personenzuges wurden von der Lokomotive des Güterzuges umgeworfen und zum Teil sehr schwer beschädigt. Drei Personen wurden getötet und zwar ein Mann, eine Frau und ein junges Mädchen, deren Verletzungen bis mittag noch nicht festgestellt waren. Etwa 20 Personen wurden verletzt, davon 6 bis 8 schwer. Wie es heißt, soll der Personenzug aufgefahren sein, ohne daß ihm die Ausfahrt freigegeben war. — Diensta abend 6 Uhr entgleiste auf der Kleinbahnstrecke Königshütte-Schwien-todlowitz-Weußen an einer Kurve ein Motorzug. Der Motorwagen stürzte um. Drei Personen wurden leicht, eine schwer verletzt. — Auf der Kleinbahnstrecke Königshütte-Antonienhütte-

Weußen entgleiste zu gleicher Zeit in Wismarhütte ein Weiwagen und stürzte um. 30 Personen wurden leicht verletzt. Die Ursache ist in beiden Fällen Schleifen des Zuges infolge Sprühdrehs und Beeinträchtigung der Bremsvorrichtung durch starken Raubfall auf dem dortigen Gefälle.

Die bisherige Untersuchung des furchtbaren Eisenbahnunglücks bei Kranowitz hat ergeben, daß die Signalanlagen sich in voller Ordnung befanden, und daß wahrscheinlich die Lokomotivführer eines der diensttunenden Beamten die Schuld trägt.

Ein ungetreuer Vereinsleiter. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutze des Lebens Kaiser Wilhelms II., dem über 10 000 Mitglieder angehören, ein angeblicher Oberlehrer a. D. Verrenberg, ist seit einigen Tagen verschwunden. Er hat bedeutende Geldsummen unterschlagen. Nebenbei legte der Schwindler sich auch auf den Heiratsmarkt, trat vielfach unter falschem Namen auf und verübte auch als „Verbeiziger des Freikorps Dohna“ große Schwindelereien.

Grubenunglück. Bei einem Grubenbrand auf Zeche „Freier Vogel“ und „Linderhoff“ (Westfalen) fanden drei Bergleute den Ersttötungstod. Zwei wurden schwer verletzt. Infolge eines Brandes auf „Tromonia“ sind zwei Knappen an Gasvergiftung erkrankt.

Sportnachrichten.

Luzerner ein Nichte, 11. Jugendabst. (14-18 Jahre), eröffnet am 1. November in der Turnhalle Belle-Alliance-Str. 80 ihren Turnbetrieb. Turnzeiten: Mittwoch und Sonnabend abends 8-10 Uhr. Gäste herzlich willkommen. — Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sonntag Besichtigung des Märkischen Kulkums. Treff 10 Uhr Hallesbrücke (Poland). — Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“, Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr nach Nuhlsdorf, Kielemat, Restaurant Heideburg. Start: Mariannenplatz.

Sozialdem. Wahlverein Schöneberg (S. P. D.). Am 26. d. M. verschied nach schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied Hugo Kahle, Tempelhofer Str. 1. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof, Magistraße, statt. Ausführliche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten. Bezirk Groß-Berlin. SW 61, Belle-Alliance-Strasse 7/10. Sonntag, den 26. Oktober 1919, entfällt unser Rolltag, bez. Krankenbesuchungstag. Hugo Kahle, Schöneberg, Tempelhofer Straße 1, 4/13. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober 1919, nachmittags 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof in Schöneberg, Magistraße. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Krankheits- und Sterbekasse d. Metallarbeiter (V. a. G.). Gilielle Schöneberg. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied Hugo Kahle, der über 10 Jahre unsere Krankenkasse führte, am Sonntag, den 26. Oktober, nach schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof, Magistraße, statt. Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Allen Rolltagenden und Rollagen die traurige Nachricht, daß unser lieber Rolltag 194,92 Hugo Kahle nach kurzem, aber schwerem Leiden am Sonntag, den 26. Oktober, verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Okt., auf dem hiesigen Friedhof, Schöneberg, Magistraße, statt. Um rege Beteiligung bitte. Der Betriebsrat.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125. Oranienburger Tor. Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Behandlung Harn- u. Blutuntersuchung. Spezialarzt Sanitätsrat Dr. Müller. Friedrichstraße 190 II. Eingang Kronenstraße. Spr. 11-1, 5-7, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Heilmethode. Harn- und Blutuntersuchung. Spezialarzt Dr. med. Kowben. Erprobte und schmerzlose Behandlung. Friedrichstr. 81. gegenüb. Königstr. 56/57. Kathaus. Spr. 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-1. Separates Damenzimmer.

Produktiv-Genossenschaft für Metall- und Holzbearbeitung Groß-Berlin e. G. m. b. H. Die Genossenschaft ladet zu der am Dienstag, den 11. November 1919, in dem „Sophienkeller“, Sophienstraße 18, nachmittags 4 1/2 Uhr, stattfindenden außerord. Generalversammlung ein. Tagesordnung: 1. Bericht der Überwachungskommission. 2. Bericht der Untersuchungskommission. 3. Bericht über die Lage der Genossenschaft: a) finanzieller Teil, b) betriebswirtschaftlicher Teil. 4. Beschluß über Abberufung und Neuwahl a) des Aufsichtsrates, b) des Vorstandes. 5. Fabelstättensprogramm. 6. Sonstige. Mündliche Erörterungen jedes Einzelnen erforderlich. Mitgliedsbeitrag als Kassensatz mitbringen. Aufsichtsrat: Krummholz, Sanber. Vorstand: Reinhold, Müller. Überwachungskommission: Dross, Dahnagel, Schneidermann.

Spezial-Behandlung C. Weissert, Invalidenstr. 147. Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen. Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung. Sprechstunden 10-12 und 4-5, Sonntags 10-12.

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901. Andreasstr. 76, I Ecke Brestauer Str., dicht am Schloß. Sprechz. 10-12, 4-7, Sonnt. geschloßen. Harn- und Blutuntersuchungen. Erste und Älteste Heil-Anstalt Löser D. Skotti. Spezialarzt Dr. Löser senior. Harn- u. Blutuntersuchungen. Röntgen-Durchleuchtung etc. Elektrische u. mediz. Bäder. — Erfinder eigene Heilmethode. nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. Hasché. Sprechstunden 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1. Friedrichstraße 90 am Bahnhof. — Teilzahlung. Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße). Spezial-Arzt bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 1/2 12-2 mittags, 1/2 6 bis 1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11-1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Dr. med. Hollaender. Spezialarzt. Aufklärende Broschüre Nr. X. 1,50 M. gegen Nachnahme. Berlin, Leipziger Str. 108 } täglich 11-1, 5-7 Uhr, } Hamburg, Kolonnenaden 26 } Sonntags 11-1 Uhr.

Quecksilber Mark 50.-. 1 Kilo bis. kauft Metallkontor, Alte Jakobstraße 138 Moritzplatz 12858. Nach wie vor zahlreich — wie bekannt — für alte Gebisse höchste Preise! Gebissl. Platin-Zahn bis 3 Mk., diese jedoch nicht unter Mk. 3,30 per Zahn! Platin-, Stütz- u. Platinzähne bis 45 Mk. (nach Gebiss) Für Platin den jetzigen hohen Preis! Verkauf: Berlin W, Arnulfstr. 56-58, täglich Hotel Geisler Baum, 7/18. Dogler, Berlin.

Zigaretten. Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. Kopf-, Hautausschl., Flecht-, Krampfadern, des. Heinsch., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalpackungen 6,25, 9,25 erhältlich in der „Erlautes-Apotheke“ Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.).

„Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung Bilanz-Aufbau und Kritik.

9 Vorträge von Wilhelm Röllenburg, ehem. Vektor (Sheffield University), unter besonderer Berücksichtigung der auf Grund des in Beratung befindlichen Gesetzes über die Betriebsräte an die Arbeiterkassen gestellten Anforderungen. In der Aula des Sophien-Lyzeums, Weinmeisterstr. 16/17. Die Vorträge finden allwöchentlich Freitag abends statt. 1. Vortrag: Beginn abends 6 Uhr, Ende gegen 7 1/2 Uhr. 2. Vortrag: Beginn abends 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. 1. Vortrag: Freitag, 24. Oktober 1919, ab dann am Freitag jeder folgenden Woche. Bilanz-Aufbau. I. Teil. 1. Abend: Entstehung, Grundlagen und Aufmachung der Bilanzen. Literatur- 24. 10. 19. Angaben. 2. Abend: Bewertung: Aktiv- und Passiv-Posten, Reserven, Meingewinn. 31. 10. 19. 3. Abend: Geschäftsbericht, Dividendenpolitik, Grundlagen der Aktienkurse; 7. 11. 19. Wertkritik, ihr Wesen, ihre Aufgaben, Möglichkeiten u. Grenzen. 4. Abend: Vergleichung einer einfachen Bilanz, Statistik, Volkswirtschaft und Bilanz, Diskussion. 14. 11. 19.

Bilanz-Kritik. II. Teil. Die Bilanz vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus. 5. Abend: Brauerei-Bilanz (Entstehungsgelosten), Bilanz einer Gemischten 21. 11. 19. Fabrik (Wollwebe, Anstalten). 6. Abend: Maschinenfabrik-Bilanz (Vergleich verschiedener Jahre). 28. 11. 19. Metallwarenfabrik-Bilanz (Vergleich verschiedener Werte). 7. Abend: Spezialitätenfabrik-Bilanz (Aktions-Standardpunkt). 5. 12. 19. Ruderfabrik-Bilanz (Weltmarktpreis). 8. Abend: Genossenschafts-Bilanzen, Bau-, Konsum- und kommunale 12. 12. 19. Genossenschaften. 10000

Bilanz-Kritik. III. Teil. Die Bilanz vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. 9. Abend: Die Bilanzen der großen Bank- und Weltverkehrsanstalten. 19. 12. 19. Änderungen vorschreiben. — Eintritt frei. Es empfiehlt sich, Schreibzeug, Papier, Weisheit und Linnal mitzubringen. Wir bitten die Arbeiter, insbesondere die Vertrauensleute, um zeitlichen Besuch. Diejenigen, welche den hiesigen Kursus unentgeltlich zu belegen wünschen, werden um Mitteilung ihrer Adressen gebittet. Wenn der Übermäßigkeit hohen Zahl der Teilnehmer sind wir genötigt, die Vorträge zu teilen. Es finden nunmehr an jedem Abend zwei gleiche Vorträge statt, der erste von 8 bis 7 1/2 Uhr, der zweite (Wiederholung) von 7 1/2 bis 10 Uhr. Die Teilnehmer, denen der Besuch des ersten Vortrages aus irgendwelchen Gründen unmöglich ist, werden im Interesse derjenigen, welche den ersten Vortrag kommen können, ersucht, ihren um 6 Uhr (1. Vortrag) zu erscheinen. Um Störungen während des Vortrages zu vermeiden, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

„Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung, Berlin W 62, Luthersstr. 19.

Dr. med. Laabs Spezialarzt. Erfolgreiche Behandlung. Königstr. 34/36. Alexanderplatz. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1. Spezialarzt Dr. med. Lommer. Harn- und Blutuntersuchung. Behandl. schnell u. sicher ohne Berufsunterbrechung. Teilzahlung. Brunnenstr. 185 (nahe Rosenthaler Platz). Sprechz. 9-1 u. 4-8, Sonnt. 9-12.

Platina zu allerhöchsten Preisen Zahnplatin-tafel 3,50 Hk. bis 48 Mk. 140/50\* Alte Gebisse bis 1000 Mark Silber, Gold kauft Frau Linke, Blicherstr. 40, v. II. Feuriger Santa Lucia Feuriger Süßwein. käuflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften Norden 6822. Grosse-Vertrieb, Bergstr. 34. Planos. Stutzflügel, Harmonien jeder Holz-, u. Stahlg. Kunstspielapparate. Notenrollen, Gebrauchsinstrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billige Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. Prozesse. Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz gegenüber Tietz). (9-7) Glanz-Erfolge! Benachricht. Sonnt. 10-12.

Meine großen Möbel-Läger mit Spieglensystemen, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Eber- u. Gabeln-Corinthen, Büchertische, Truhen, Schränke, Verticos, kompletten Küchenzeileinrichtungen usw. Behn zur gezielten wohnlichen Behausung in der Brunnenstr. 185, Nr. 8 u. Nr. 186 nahe Weinmeisterplatz bei Möbel-Lechner, Hauptplatz Brunnenstr. 7. Geöffnet von 8-6.

Elektromotore Gleichstrom : Drehstrom kauft Ingenieurhureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3705 und 2514. Habe Orientirma 194/90 2500 russische Gänse nach Berlin zu beziehen. Suche schlagfertigen, realen Käufer! Ahrmowitz, Memel-Boznowitz.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin. Berlin C. 25, Fontane-Str. 4. Einladung zu der am Freitag, den 7. Novbr. 1919, abends 7 Uhr im Restaurant „Hindenburg“, Berlin C. 25, Fontane-Str. 4 stattfindenden Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Prüfung und Bestätigung der Jahresrechnung über den Vermögenszustand einzureichender Bilanz und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1919. 2. a) Wahl des Rechnungsprüfers zur Prüfung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1919 gemäß § 91 der Statuten. b) Wahl einer Kommission zur Prüfung der Abrechnung für das Geschäftsjahr der Kasse. 3. Beschlußfassung über die VI. Satzungsänderung betreffend §§ 14, 15, 24, 25, 26, 31, 32, 33, 47, 77; Absatz 2 und 8 der IV. Abänderung. Berlin, den 29. Oktober 1919. Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin. A. Vogel, R. Freund, Vorsitzender, Schriftführer.

Lombard-Haus. H. Graf, Leipz. Str. 75 II. Höchste Belebung Diskret, Reizlos Gelegenheitskläufe, Uhren, Brillanten, Schmuckgegenstände. 10-50% unt. Ladenpr. Echte Piassava-Besen sowie andere Bürsten, Bürsten, b. der Hölzer, Indio R. Simon, Lin. 10, 8. str. 10, 8. dem. 10, 8.

Eiserne Oefen mit Ofenrohr und Ofenrohr, Fußboden, Schürhaken und Rosthaken verkauft Karl Pandré, Berlin, Panzow, Berliner Straße 100. 18/12.

Rechtsrat. Wilmersdorf, Str. 125 (Gölg.). Sprechstunden 9-7 (Sonnt. 9-1). Prof. Dr. Straß, Greiner, Wilmersdorf-Vertrauensmann. Exp. G. Heideburg, Götterweg, Rotterstellung telefonlos.

Blüthnerpiano. Schmeider, Mann, Str. Schiedlermann, Auswahl erstklassiger Instrumente. Konstanty, Wiegandstr. 37 (West.).

Buchführung gründliche Unterweisung. F. Simon, Berlin W 35, Magdeburger Straße 24. Vertagen Sie gratis Probebrief N. 2.

Möbel günst. Einkauf. Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen. DORN, Weinmeisterstr. 8. unweit Pfandkammer.

Hilfsmontenre. Ihre Sucher für bald 8-10 tägige. Wauer, welche bereits in Gummis gearbeitet haben, und welche gewillt sind, sich zu Spezialmontenre zu erziehen, sind herzlich willkommen. 10/11. Hainrich & Co., Dampfhekokolen-u. Bäckereimaschinenfabrik Berlin N. 54.

Schneidergesellen. Erklärtige Schneidergesellen (Mäde u. Jungen) können sofort ständige Arbeit in erstklass. Werkstätten in Koppenhagen erhalten. Lohnverhältnisse werden von hier erleichtert. Preis 1000. Bogis wird verschafft. Aufklärung über frühere Arbeitstellen, Alter u. Familienverh. sind richtig an Guldberg-Agerlin Ann. Byrunn in Koppenhagen.

Tägliche Stühle. Haben lehnende und dauernde Beschäftigung bei 16/14. J. C. Pfaff, A.-G., Waisenstraße 48/51. Vulkan-Fiber. Werfabriker. Eine neue feine Faser in Schließen führt einen in jeder Beziehung erprobten Fortschritt, welcher beliebige Qualitäten herstellen kann. Hohe Beschäftigung. Offerten unter L. 39 Hauptplatz des „Vormärts“. 2000.

Lehrfräulein. sucht (Berl. 15, 5-7 u. Eltern) Parfümerie Scherf, Joachimstraße 8. Tüchtige Reparaturerin für Dauerwäpche-Gabrielion sucht Oskar Skaller, Johannstraße 20/21.

Erste Tailleurarbeiten. und perfekte Zuschnittarbeiten bei höchsten Lohn verlangt sofort 10/10. Rotter u. Kallmann, Hausvogteiplatz 12.

Austrägerinnen für den „Vorwärts“ werden eingestellt in folgenden Filialen. Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Mor part. — Fritze, Sieglitzer Str. 37, Laden. — Markusstr. 38. — Döll, Immannekirchstr. 24. — Meile, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lauitzer Platz 14/15. Schöneberg: Beiziger Straße 27. Sesenheimer Straße 1. Charlottenburg: Ziegeleidecker, Schildhornstr. 11. Steglitz: Ziegeleidecker, Schildhornstr. 11. Neukölln: Heinrich, Neckarstraße 2. Lichtenberg: Alt-Buxhagen 56. Wartenbergstr. 1. Johannisthal: A. Gammisch, Bis-marckstraße 8.



# Exzesse und ihre Folgen.

Der Unabhängige Koenen hat am Mittwoch im Reichstag die Verhängung des Belagerungszustandes über einen Teil von Thüringen zur Sprache gebracht. Er hat es aber unterlassen, die Vorgänge darzustellen, die zu dieser Maßregel den Anlaß gegeben haben. Da diese Vorgänge, namentlich soweit sie den Industriort Zellia-Mehlis betreffen, die Deffentlichkeit interessieren dürften, so seien sie hier nachgetragen.

Die Arbeiter in Zellia-Mehlis hatten eine Forderung auf 25 Proz. Lohnerhöhung gestellt. Die Arbeitgeber der dortigen sehr gut verdienenden Exportindustrie waren grundsätzlich zu Verhandlungen bereit. Am 17. Oktober halte die Lohnkommission zu einer Versammlung um 5 Uhr nach dem Bahnhofshotel eingeladen. Nach dieser Versammlung wurde ein Demonstrationzug gebildet. Das weitere schildert ein absolut einwandfreier Augenzeuge folgendermaßen:

Man ist daraufhin genau so wie im Januar d. J. unter Jochen und Bömen zuerst vor das Haus des Fabrikanten Jahn gezogen, ist dort eingedrungen, soviel das Haus lassen konnte und hat nach Jahn gesucht, dabei auch Türen eingeschlagen und die beiden Töchter sowie die Schwägermutter des Herrn Jahn in große Angst und Aufregung versetzt. Da Jahn nicht gefunden wurde — er war verreist —, hat man das Haus wieder verlassen. Daraufhin wollte der Zug zum Fabrikanten August Jopp. Zu dieser Zeit befand sich der Direktor Schilling mit zwei Herren aus Finnland, die ihn geschäftlich besuchten, unterwegs und lief dem Zug nachschauend in die Hände.

Unter Schreien und Jochen überfiel man ihn kurzerhand und richtete ihn ganz furchtbar zu. Die beiden finnischen Herren konnten sich nur mit Mühe retten. Herr Schilling aber hatte zwei große klaffende Wunden im Kopf und noch sonst zahlreiche Verletzungen im Gesicht und am ganzen Körper. Man hat ihn dann gezwungen, auf der Straße seine Unterschrift zur Bewilligung der 25prozentigen Lohnforderung zu geben.

Der Zug hat sich dann weiterbewegt zu August Jopp, in dessen Haus man ebenfalls eindrang, alles durchsuchte, Türen einschlug usw. Nach erfolgloser Suche ging der Zug nach der Wohnung des Herrn Richard Jopp. Unten wurde Herr Arthur Weiskopf in seiner Wohnung überfallen, durchgehauen und ebenfalls zur Unterschrift gezwungen. Richard Jopp rettete sich rechtzeitig durch Flucht aus dem Fenster. Dafür wurde seine Wohnung ganz besonders arg ausgerichtet. Man hat dort Türen eingetreten, Fenster durchgeschlagen, eine Büste entzweigehauen und die Frauen bedroht. Von da ging der Zug zu Max Schilling, der zu Hause nicht anwesend war. Auch hier wurde das ganze Haus durchsucht, einige Fenster eingeschlagen und dann Max Schilling im Restaurant Bürger gefesselt. Unter Drohungen wurde ihm ebenfalls die Unterschrift abgepreßt. Bei J. G. A. Juch hat man dasselbe versucht, doch war hier keiner der leitenden Herren anwesend, weshalb die Unterschrift von dieser Firma nicht geleistet wurde. Die Polizei hat alle erkrankten Personen, es handelt sich in der Hauptsache um 16- bis 18-jährige Burschen, notiert und einem Verhör unterzogen.

Dieses Vorgehen richtet sich wohl von selbst. Leuten, die darin vielleicht die Blüte der „neuen Taktik“ erblicken, sei nur gesagt, daß diese Vorgänge einen Rückschlag in die allerersten Anfänge der Arbeiterbewegung vor mehr als 70 Jahren bedeuten, wo es noch keine Gewerkschaftsbewegung und kein Koalitionsrecht gab. Hauptmanns „Weber“ enthalten fast die gleichen Szenen.

Am Tag nach diesen Ereignissen rückte ein Detachement von etwa 80 Mann Reichswehr in Zellia-Mehlis ein, das aber am Tage darauf wieder abrückte, da inzwischen wieder Ruhe eingetreten war. Dieses Einrücken ist angehts der vorangegangenen Ereignisse durchaus gerechtfertigt gewesen. Weniger verständlich ist, warum volle zehn Tage darauf, die in absoluter Ruhe verlaufen waren, plötzlich ein viel stärkeres Kommando einrückte, die Gebäude besetzte, den Belagerungszustand proklamierte und Verhaftungen vornahm. Diese spätere Besetzung, die von der gesamten Einwohnerschaft der Stadt nicht gebilligt und deren Aufhebung schon aus dem Grunde gewünscht wird, weil die kleine Stadt die Lasten einer solchen Einquartierung gar nicht tragen kann, ist nur geeignet, die Erinnerung an die früheren Vorgänge zu verwischen. Sie sollte daher aufgehoben werden. Um dies herbeizuführen, verhandelt augenblicklich eine Kommission, bestehend aus Vertretern der bürgerlichen Demokraten, der Sozialdemokratie und der Unabhängigen, in Berlin mit dem Reichswehrminister.

Aber mag hier auch ein nachträglicher Uebereifer gewisser militärischer Stellen vorliegen, so ist doch das Ganze eine Mahnung an die organisierte Arbeiterschaft, aus sich selbst heraus Exzesse unreifer und unbefonnener Elemente mit aller Energie zu unterdrücken, die erst den Vorwand zu solchen Vorgehen liefern.

In einer Versammlung, die am Sonntag nach den Unruhen stattfand, wurden die Ausschreitungen denn auch von der Arbeiterschaft beider Richtungen einmütig verurteilt. Nur ein Komunist namens Rednagel hat die Kommission begünstigt. Es erscheint denn auch nicht unwahrscheinlich, daß hinter dem Treiben der jungen Burschen kommunistische Drahtzieher gesteckt haben, die es wie gewöhnlich verstanden, selber unerkannt im Hintergrund zu bleiben. Von solchen Elementen weit abzurücken hat die Arbeiterschaft alle Ursache.

## Beamte als Heimarbeiter.

Bei den Berliner Gerichten häufen sich infolge Veseitigung der seitensweisen Bezahlung und hierdurch bedingter Ueberarbeit die Kanzleiarbeiten, denn von seinem Verdienst während der Dienststunden hätte ein Kanzleibeamter nicht existieren können.

Am nun diesem Uebelstande abzuhefen, greift das Landgericht I zu einem der heutzigen Zeit direkt hohnsprechenden Mittel.

Den Beamten ist anbeimgestellt, Heimarbeit zu leisten und zwar soll die Stunde mit — einer Mark — vergütet werden.

Die Kanzleibeamten haben Hausarbeit abgelehnt; mög die Vorseher die Hilfskräfte einstellen, es gibt genügend fellungslose Bureauangestellte in Berlin, die sich für diesen Dienstzweig eignen würden; Bei den Bureaubeamten und den Gerichtsdienern geht ein Jutular um mit der Anfrage, wer gegen oben genannte Bezahlung bereit ist, Hausarbeit zu leisten, und tatsächlich haben sich auch Beamte bereit erklärt, für einen solchen Schandlohn zu arbeiten.

Bemerkung hierbei noch werden, daß kürzlich 19 Militär-anwärter, welche sich als Hilfsarbeiter meldeten, von dem Vorstand dieser Behörde mit der Begründung abgelehnt wurden, es sei augenblicklich kein Bedarf vorhanden.

## Kleine politische Nachrichten.

Thorn ist noch nicht von den Polen besetzt worden. Kommt noch. Wegen die Verteilung des Getreides dürfte sich das Parlament Straßens bei der Genehmigung des Friedensvertrages ausdrücken.

Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Giesler, hat den Dienst übernommen. — Seine Diensträume befinden sich W 8, Wilhelmstraße 62. Telefon: Zentrum 11 467/69.

„Freiheit“, Märchen. Die nationalliberal-unabhängige Behauptung, daß Major v. Gilsa der S. P. D. beigetreten sei, ist natürlich unwahr.

Die neuen Provinzial-, Städte-, Kreis- und Landgemeindevorordnungen werden in den nächsten Tagen der preussischen Landesversammlung zugehen, nachdem sie die Genehmigung des Staatsministeriums erhalten haben. Die Entwürfe dienen dazu, die Durchführung des demokratischen Gedankens in der Verwaltung zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke sind die alten Gesetze in diesem Sinne neubearbeitet worden. Der Grundgedanke ist, daß jede Provinz, Stadt, jeder Kreis und jede Landgemeinde eine öffentlich-rechtliche Körperschaft zur Verwaltung der ihr gesetzlich obliegenden oder freiwillig übernommenen eigenen Angelegenheiten oder der ihr zur Ausführung übertragenen Angelegenheiten des Reiches, Staates oder anderer öffentlich-rechtlicher Stellen ist.

Beamtenräte. Der interkantonale Ausschuss für Beamtenfragen hätte einen Bericht des Abg. Kemmerer über die Bildung von Beamtenräten. Der Berichtsteller schlug eine Entschließung vor, worauf der Ausschuss zur Sicherung einer einheitlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes der Beamten die alsbaldige Vorlegung eines Reichsgesetzes über die Bildung von Beamtenräten für dringend geboten hält und das Reichsministerium ersucht, das Erforderliche zu veranlassen.

Ein unterbeschäftigter Staatsanwalt hat sich, angetrieben durch einen antisemitischen Verein, bemüht gefällig, gegen den Schriftsteller Walter Steinthal, den Herausgeber der D. N. J. ein Strafverfahren wegen — Gotteslästerung einzuleiten. Sein frommes Gemüt hat sich daran gestoßen, daß besagte Zeitung fälschlich auf ihrem Titelblatt ein Bild gebracht hat, das einen Mann am Kreuz zeigte, bewacht von zwei römischen Soldaten mit den Insignien der Reichswehr. Das wenig geschmackvolle Bild soll das Profetariat darstellen, das aus Kreuz gebildet und von Soldaten bewacht, nach Verletzung darstellt. Mit den Felderbildnissen hat es nicht die geringste Ähnlichkeit. Wenn der Herr Staatsanwalt möchte, daß außer dem Heiland der Christen noch einige tausend andere Menschen am Kreuz gekorben sind, hätte er nie auf den heute nicht mehr ganz vollenständigen Gedanken einer Gotteslästerung verlassen können. Wir hoffen, daß sich für das Verfahren kein prozessualischer Richter finden wird. Dem Staatsanwalt aber empfehlen wir die Ausnützung seiner Ruhe zu kunsthistorischen Studien, damit er sich seine zimmerliche Angstkraft abgewöhnt und derartige Darstellungen auch ernsthaft würdigen lernt.

Zentrumsmehrheit in Luxemburg. Endergebnis der Kammerwahlen: 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 8 Mitglieder der Partei Brum und 2 der Volkspartei.

## Deutsche Nationalversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

### Reichswehrminister Roske:

Wenn sich die Unabhängigen über Gewalt beklagen, so wirkt das immer komisch. In Breslau hat im Gefängnis ein Mann fünf Tage lang gekungert. Er hat es glänzend überstanden, denn nachts ah er Schokolade. (Stürmische Heiterkeit.) Die Anwesenheit eines Beamten sprechen dürfen, ist darauf zurückzuführen, daß bei einem Schußhilling

### ein Kaffier

gefunden wurde, auf dem stand: Wie dem Verteidiger ruhig den Brief mit, er ist absolut sicher. (Oder, hört!) Die Frage, ob ich mit der französischen Generalen Dupont und Kolens einen geheimen Rat für den Krieg in Russland bilden, erinnert an das Wort, daß jemand mehr fragen kann, als hundert Gescheite zu beantworten vermögen. (Heitere Zustimmung.) Vielleicht ist nach Herrn Koenen der ganze Friedensvertrag nur ein Scheinmandat! Die französischen Sozialisten greifen jeden Unstimm auf, den die deutschen Unabhängigen vertragen. Die Zahl der

### Oxyer des Bürgerkrieges

ist einsechzig. Der Vortredner hat aber toll übertrieben. Für München beträgt die Zahl 500 bis 700, für Berlin in der Märzwoche etwa 1200. Aber haben wir etwa angefangen? Wir haben nur abgewehrt. Ich werde nie vergessen, was ich als Abgeordneter gesagt habe. Aber es befiehlt ein Unterchied zwischen damals und heute. Von einer Umgehung des Friedensvertrages kann keine Rede sein. Die Freiwilligen sind eine Art Feuerwehr zur Abwehr des Brandes im Innern. (Zuruf bei den U. Soz.: Sie schicken! Feuerwehr mit Maschinengewehren!) Die französischen Sozialisten haben uns während des Krieges empfohlen, Revolution zu machen, dann würden wir einen billigen Frieden bekommen. Jetzt sagen sie: Deutschland müsse entwaffnet werden, dann würden sie folgen. Den billigen Frieden haben wir nicht bekommen, und ich fürchte, wir werden die allgemeine Entwaffnung auch nicht bekommen. (Sehr richtig!) Die Reichswehr muß ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein. (Sehr richtig! — Lärm bei den U. Soz.)

Präsident Fehrenbach: Der Reichswehrminister hat von nichts würdiger Denunziation gesprochen. Wenn er das mit Bezug auf ein Mitglied des Hauses gesagt hat, so muß ich es als ungebühr rügen. Das Gehalt des Reichswehrministers wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Deutschnationaler bewilligt.

Abg. Lbbe (Soz.): Die Entschließung Arnstadt (Dnat.), der Oberbefehlshaber solle bei der Verhängung des Belagerungszustandes unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten verfahren, halten wir für überflüssig und selbstverständlich. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich Gegnerin des Belagerungszustandes, sie verlangt seine Aufhebung, wenig auf die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele, sei es von rechts oder von links, verzichtet wird.

Der Antrag Arnstadt wird abgelehnt. Die Entschließung auf Veseitigung der Heimarbeit wird angenommen. Damit ist der Gesetzesentwurf erledigt. Beim Haushalt für das Reichsmilitärgericht teilt Reichswehrminister Roske mit, daß ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit dem Hause nach den Ferien zugehen soll.

## Haushalt der Reichsmarine.

Abg. Mittelmann (D. Sp.): Nicht wir allein sind während des Krieges Anexionisten geworden. Abg. Scheidemann hat im Jahre 1915 eine Reichsadresse gehalten, in der er sagte: Das Land, in das wir diese Saat säen, ist unser Land, das wollen wir behalten. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Stücken (Soz.): Die Freunde des Vortredners sind mitschuldig an dem Zusammenbruch. Es wird ihm nicht gelingen, durch noch so viele Griffe in seinen Titantat uns zu Anexionisten zu stampeln. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Brudhoff (Dem.), Andra (Zent.) und Oberboden (Dnat.) geht es über zum Antrag der gestellten Seelente und verspricht, daß in der neuen Marine der Mensch zur Geltung kommen solle.

## Abg. Scheidemann (Soz.):

Am 16. März 1915 hat gar keine Reichstagsitzung stattgefunden, ich kann also an diesem Tage nicht gesprochen haben. Dagegen habe ich am 18. März 1915 von der Rot unserer Landes gesprochen

und gesagt, wir sind voll Zuberficht und voll Kraft. Das Land, in das wir unsere Saat säen, ist unser Land, das wollen wir verteidigen. Dieser Satz hatte also gar keine anexionistische Tendenz. Aber Herr Mittelmann ist Reuling und weiß vielleicht noch nicht, wie vorsichtig man bei Zitaten aus anexionistischen Broschüren wie die, die er benutzt hat, sein muß. Ich empfehle ihm für die Zukunft größere Vorsicht. (Heitere Zustimmung.)

Die Aussprache schließt. Abg. Mittelmann (D. Sp.) persönlich: Ich werde den Beweis nicht schuldig bleiben, daß Herr Scheidemann sich ähnlich ausgesprochen hat, wie ich gesagt habe. (Zuruf des Abg. Scheidemann: Unglaublich!)

Der Marineetat, die Etats für den Reichstag, den Rechnungshof, die Reichsdruckerei, die Reichsschuld und die allgemeine Finanzverwaltung werden genehmigt. Damit ist die zweite Lesung des Haushaltsplanes beendet. Nach Verabschiedung einiger Vorschläge bemerkt

Abg. Mittelmann (D. Sp.) persönlich: Herr Scheidemann hat am 3. April 1915 im Reichstoge gesagt, es sei nicht anzunehmen, daß nach einem solchen Weltstand die Grenzsteine unverrückbar bleiben.

Abg. Scheidemann (Soz.) persönlich: Dieses Wort war selbstverständlich nicht in dem Sinne gemeint, daß die Grenzsteine zu unseren Gunsten verrückt werden müßten. Ich glaube, es ist nicht nötig, noch auf das Unstimmige der Unterstellung hinzuweisen, daß ich jemals Anexionist gewesen sei. (Zurufe: Rein, nein!) Ich habe stets den beständigen Kampf gegen alle Anexionen geführt. (Lebhaftige Zustimmung.)

Donnerstag, 9 1/2 Uhr, Branntweinmonopol und dritte Lesung des Etats.

Schluß gegen 9 Uhr.

## Wirtschaft.

### Der Arbeitsmarkt.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarkts im September 1915 berichtet das vom Statistischen Reichsamt herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Oktoberheft wie folgt:

Die zwangweise Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, Kriegsgesangenen und neuerdings auch der zurückgekehrten Kriegsgesangenen beherrscht den Arbeitsmarkt in höherem Grade als Angebot und Nachfrage. Es kann daher nicht überraschen, daß die vorliegenden statistischen Uebersichten durchweg eine Verbesserung gegen den Vormonat aufweisen.

Nach den Nachweisungen von 3300 Krankenkassen hat die Zahl der männlichen Beschäftigten um 28 798 oder 0,5 Proz. und die Zahl der weiblichen um 1901 oder 0,1 Proz. zugenommen. Seit dem tiefsten Tiefstand im November 1914 ergibt sich ein andauerndes Steigen der Beschäftigtenziffer.

Nach den Feststellungen von 38 Hochverbänden, die für 4 240 276 Mitglieder berichteten, waren im September d. J. nur noch 92 173 oder 2,2 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 8,1 Proz. im Vormonat und 2,7 Proz. im September 1913. Die Arbeitslosigkeit ist demnach nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch gegen den September 1913 gefallen.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist in 118 Städten, für die der Arbeitsmarkt-anzeiger vergleichbare Angaben enthält, von 301 307 am 30. August auf 265 900 am 27. September gesunken. Bei den Männern ist ein Rückgang um 24 457 auf 156 091, bei den Frauen ein solcher um 10 890 auf 79 889 eingetreten. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen lange nicht alle Erwerbslosen umfassen.

Nach der Statistik der Arbeitsnachweise kamen im September auf je 100 offene Stellen bei den Männern 143 Arbeitsgesuche gegen 154 im Vormonat und 180 im September 1913, bei den Frauen 116 Arbeitsgesuche gegen 136 im Vormonat und 99 im September 1913. Hiernach war der Andrang der Männer nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch gegen den September 1913 wesentlich kleiner, während bei den Frauen zwar eine erhebliche Abschwächung des Andranges gegen den Vormonat eingetreten ist, gegen den September 1913 aber immer noch eine wesentlich größere Andrangsziffer besteht.

Zusammenfassend ergibt sich ein Bild von seltener Geschlossenheit: höhere Beschäftigtenzahl, geringere Arbeitslosen- und Erwerbslosenzahl und gleichzeitiges Nachlassen des Andranges bei den Arbeitsnachweisen; alles dies gilt, wenn auch in verschiedenem Grade, sowohl für Männer als auch für Frauen. Und doch haftet dem Ganzen infolge der zwangweisen Wiedereinstellung ein künstlicher Zug an. Wäre der Arbeitsmarkt frei, so hätte diese Entwidlung unbedingt eine erhöhte Erzeugung wenigstens in den hauptsächlichsten Gewerbebezirken hervorzurufen müssen. Das läßt sich aber nur gegen den Vormonat in geringem Maße bei der Kohlenförderung (Ruhrgebiet 6,51 gegen 6,48 Millionen Tonnen, Oberschlesien 2,80 gegen 1,40 Millionen Tonnen) und Walzwerkzeugung (612 564 Tonnen gegen 602 187 Tonnen) feststellen, während am Kohleisen und Stahl auch gegen den August dieses Jahres und gegen den September 1913 in allen genannten Erzeugnissen erhebliche Minderleistungen eingetreten sind. Zum Teil hängen sie mit dem andauernden Streikverfall zusammen, das diesmal besonders in der Berliner Metallindustrie und in dem Seemannsstreit in den Hafenstädten hervorgetreten ist.

Größere Beschäftigtenzahlen bei geringeren Leistungen bedingen erhöhte Preise. So hat sich im Berichtsmonat eine Welle von Preissteigerungen, angefangen von der Kohle, dem Kohleisen, dem Stahl- und Walzwerkzeugnissen über Deutschland ergossen. Der Berichtsmonat brachte zahlreiche Auslandsaufträge. Auch in Arbeiterkreisen beginnt die Einsicht sich zu verbreiten, daß wir ein hohes Interesse daran haben, diese Aufträge rechtzeitig auszuführen und unbedingt mehr schaffen müssen, um die zahlreichen Schwierigkeiten zu überwinden. Bemerkenswert ist, daß sich in der Düssel-dorfer Metallindustrie r und 50 000 Arbeiter bereitwillig haben, wieder gegen Stücklohn zu arbeiten, und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einzelne Belegschaften freiwillig Sonnlagsschichten versahen wollen, um die große Kohlennot des Landes zu mildern.

## Die ober-schlesische Kohlenförderung.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien steht im Zeichen einer erfreulichen Zunahme. Am letzten Sonnabend betrug die Förderung eines Arbeitstages zum ersten Mal seit der Revolution mehr als 100 000 Tonnen. Im Frieden hatte die Förderung rund 140 000 Tonnen arbeitstäglich betragen und war dann im Kriege, also noch vor der Revolution, auf 130 000 Tonnen zurückgegangen. Die bisherigen Leistungen der Kohlenförderung im ober-schlesischen Revier beliefen sich in den letzten Wochen auf 90- bis 95 000 Tonnen täglich, wobei die Ausfälle durch Streik nicht berücksichtigt sind. Die steigende Kohlenförderung ist ein weiteres Zeichen für die Besserung der deutschen Wirtschaftslage.

Obwohl die Transportverhältnisse sich nach der Einschränkung des Personenverkehrs in Oberschlesien gebessert haben, ist infolge der Kohlenförderung eine wesentliche Erleichterung nicht zu verzeichnen. Die Meldung der „Berliner Vörsen-Zeitung“, daß über eine Million Tonnen auf Halben liegen, trifft nicht zu. Nach zuverlässigen amtlichen Schätzungen betragen die Halbenbestände rund 700 000 Tonnen. Das ist immerhin noch genug. Deshalb wird es weiter die Aufgabe der Eisenbahnen sein, den Abtransport der Kohlen unter Aufbietung aller Mittel zu fördern, damit die Steinkohlenproduktion nicht durch den stockenden Abtransport gefährdet wird.

# 17. ordentlicher Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Bremen, den 28. Oktober 1919.

## Zweiter Verhandlungstag.

Als Delegierter der holländischen Tabakarbeiter begrüßt J. S. D. Sichelheim die deutschen Kollegen und wünscht ihren Verhandlungen guten Erfolg, der auch ihnen zum Vorteil gereicht. Am Vortage hatten die dänischen Kollegen Jensen und Möller den Verbandstag begrüßt.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Als erster Redner trat Rosenthal-Verein auf. Er kritisiert die Zustimmung des Vorstandes zu der körperlichen Untersuchung der Arbeiter in Zigarettenfabriken und verurteilt sie. Der „Tabak-Arbeiter“ soll nach seiner Ansicht das schlechteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland sein.

Gausleiter Clement stellt fest, daß die Tabakarbeiter wenig zu den Lohnbewegungen beigetragen haben, wenn nicht der Vorstand die Lohnbewegung eingeleitet und zum Erfolge durchgeführt hätte.

Redakteur Riendorf wendet sich gegen die Angriffe, die ihm als Redakteur gemacht worden sind.

Alex. Bischofswerda beklagt, daß man früher stets die Tabaksteuer bekämpft hat, aber man muß zugeben, daß die Verbandseitung mit der Zustimmung zur Vanderslootsteuer das Beste gewollt habe.

Schmidt-Neufreidrich berichtet, daß die süddeutschen Kollegen mit den Lohnforderungen während des Krieges durchaus einverstanden gewesen sind.

Verhölz-Leipzig meint, daß man die Kronen abgeschafft und dafür die Zigarettensteuer aufgesetzt hat. Die Lohnbewegungen haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Wir müssen unseren Verband ausbauen im Interesse der Tabakarbeiter. Die Gehälter der Beamten müssen aufgebessert werden. Ein Schlußantrag wurde abgelehnt.

Fuchs-Hamburg: Kritik ist gesund. Daß die Mitgliederzahl von 23 000 auf 60 000 gestiegen ist, ist erfreulich, damit können wir aber gewiß noch nicht zufrieden sein. Wir müssen die Tabakarbeiter noch mehr aufklären. Wir wollen jetzt Einheitskämpfe führen, um die Unterschiede zwischen Süd und Nord auszugleichen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiterbewegung zerrissen ist, wir wollen die Einigkeit. Jetzt haben wir die achtstündige Arbeitszeit und hierbei lassen es die Tabakarbeiter noch vielfach vermissen und arbeiten länger.

Franz-Dresden: In Leipzig ist erst eine erfreuliche Rührigkeit eingetreten nach der Revolution, vorher fehlte es an allem. Als man in Leipzig streikte und die Firma Entlassung ankündigte, ließen die Arbeiter in Scharen in die Fabrik. Es ist nicht richtig, dem „Tabak-Arbeiter“ vorzuwerfen, er hätte nichts getan, der „Tabak-Arbeiter“ hat in feurigen Artikeln oftmals die Arbeiter aufgefordert, zu kämpfen. Das angegriffene Hilfsdienstgesetz hat uns die Möglichkeit gegeben, die Interessen der Tabakarbeiter wahrzunehmen; wir haben mit dessen Hilfe in einer Reihe von Orten die Grundlöhne erhöhen können.

In der weiteren Debatte wird von einigen Rednern die vom Vorstand betriebene Gewerkschaftspolitik bekämpft, von anderen Rednern wird sie befürwortet.

Verbandsvorsitzender Deichmann wendet sich im Schlußwort gegen die erfolgten Angriffe und insbesondere gegen jene Erzählung von christlicher Seite, warum man eine Bewegung für Wirtschaftsbildung nicht befürwortet hat. Die Kriegszentrale ist hier angegriffen worden, aber wir haben ihr sehr viel zu verdanken, weil sie viel mit dazu beigetragen, daß unsere Lohnvereinbarungen überall durchgeführt wurden und wegen dieser Unterstützung von den Fabrikanten angegriffen worden ist. Gegenüber dem Hintertisch, die Tabaksteuer erlaßt das Fabrikat, muß auch gesagt werden, daß die Lohnzulagen die Fabrikate verteuern. Nach der Revolution haben wir zwei Lohnbewegungen durchgeführt und die dritte ist bereits eingeleitet worden. Die Lohnhöhung habe uns 200 Proz. mehr gebracht, und das sollte man doch nicht verfeinern. Wenn die Grundlöhne nicht höher sind, dann sind die alten Bremer, Hamburger, Berliner, Leipziger und Dresdener Tabakarbeiter nicht schuld daran. Wenn früher in diesen Orten versucht wurde, die Löhne zu erhöhen, dann haben die Unternehmer ihre Betriebe in kleinere Orte verlegt und die Bestrebungen nach höheren Löhnen wurden zunichte gemacht. Nun soll man aber nicht den Verband dafür verantwortlich machen. Wir haben alles zu tun, daß es nun anders wird. Er wendet sich gegen die gestellten Anträge, besonders gegen den von Gieken, der festlegen will, daß man in allen Fällen gegen künftige Tabaksteuer stimmen soll. Wenn wir einig sind und den Verband ausbauen helfen, dann hat der Verbandstag gutes geleistet.

Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag, dem Kollegen Deichmann und Schläter ein Mißtrauen auszusprechen, weil sie für die Vanderslootsteuer gestimmt haben, wurde abgelehnt. Die Anstellung eines Bezirksleiters in Köln wurde angenommen. Zum Antrag Gieken, der verlangt, daß Mitglieder die Pflicht haben, gegen die Tabaksteuer zu stimmen, wurde in namentlicher Ab-

stimmung abgelehnt. Es hatten 30 mit ja und 74 mit nein gestimmt.

Der Verbandstag trat nun in die Beratung über die Ausgestaltung des Statuts ein. Hierzu referierte Vorstandsmitglied Krohn. In seinen Ausführungen tritt er für eine Erhöhung der Beiträge ein.

Nach seinem Referat werden die Verhandlungen vertagt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe.

Die 4. internationale Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter fand vom 20. bis 22. Oktober 1919 in Amsterdam statt. Wenngleich es anfänglich schien, als solle auch hier die leidige Kriegsschuldfrage in den Vordergrund der Erörterungen gerückt werden, wurde in der Ansprache doch sehr bald eine volle Verständigung mit Belgiern und Franzosen erzielt, so daß der weitere Verlauf der Konferenz geradezu als vorbildlich bezeichnet werden kann.

Berichter waren: Holland 7, Belgien 4, Frankreich 2, England 2, Schweden 2, Norwegen 2, Dänemark 2, Deutschland 5. Als Uebersetzer war u. a. auch Ego Jimmen, der internationale Gewerkschaftssekretär, tätig, so daß in allen fünf Sprachen fast reibungslos debattiert werden konnte. Die Vertretung Deutschlands bestand aus Deckmann-Verein, Dittmar-Verein, Schänemann-Verein, Scholl-Stuttgarter, Jhle-Hamburg. Letzterer mußte aber wegen Vahdewierigkeiten wieder umkehren. Nach dem Geschäftsbericht des bisherigen internationalen Sekretärs A. Mohs-Verein war die Tätigkeit der internationalen öffentlichen Betriebe in den Kriegsjahren sehr geringfügig, da Jenur und postalische Schwierigkeiten schier unüberwindliche Hindernisse bildeten. In der Diskussion über den Geschäftsbericht forderten Belgier und Franzosen Auskunft über die Deportationsfrage belgischer Arbeiter während des Krieges. Ferner wurde zu der Erklärung des Gewerkschaftsbundes, der Sassenbach-Ausführungen auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in der Form nicht billigt, wiederholt Stellung genommen. Ein Brief der Deutschen Generalkommission an Ego Jimmen, wonach ausdrücklich nicht gegen den Inhalt, sondern nur gegen die Form der Sassenbach'schen Erklärungen Stellung genommen ist, vermochte die Gemüter wenig zufriedenzustellen. Für die deutsche Delegation setzte dann Genosse Dittmar-Verein alles an, um die Deportation der Belgier von allen Sozialisten bekämpft worden ist, ja daß es dem Vermögen der Generalkommission gelang, weitere Tausende vor dem gleichen Schicksal zu bewahren und die Deportation rückgängig zu machen. Der Kriegszustand ermöglichte leider nicht die volle Kraft des Widerstandes. Genau so ist es noch heute in den obliegenden Ländern, wo man weder dem entgeglichen Friedensverträge bekommen kann, noch die volle Aufhebung der Methode erzwingen. Die radikalsten Ausweisungen in Elsass, das Koalitions- und Streikverbot in Saarbrücken beweisen die gleiche Ohnmacht unserer französischen Genossen. Wir haben wenigstens das alte laiterliche Regiment gekürzt. Wollen wir dem Imperialismus und Militarismus zu Leibe, so ist Voraussetzung ein gemeinsamer internationaler Kampfboden, der wiederum eine möglichst geeinigte sozialistische Arbeiterkraft zur Voraussetzung hat.

Nachdem dann noch die Franzosen eine Erklärung gefordert, die deutschen Kriegsdokumente baldmöglichst zu veröffentlichen und die deutsche Delegation diesen Gedanken gut geheißen und dahin erweitert, daß in allen Ländern ähnlich verfahren werden soll, war die Verständigungsbasis gefunden. Engländer (Lepensau und Duncan) und Skandinavier sprachen sich energisch für Außerachtlassung der Vergangenheit und Arbeit an der Zukunft aus. Eine Resolution der Schweden wurde einstimmig angenommen, die sich für die Einheitsorganisation der Arbeiter öffentlicher Betriebe ausspricht. Sie soll allen Landeszentralen unterbreitet werden. Der Sitz des neu zu schaffenden Sekretariats wurde nach Holland (Amsterdam) verlegt. Für Deutschland tritt der Verbandsvorsitzende Deckmann in die vorläufige Kommission, die ein neues Statut auszuarbeiten soll. Darin wird über den früheren Rahmen hinaus auch gegen jeden Revandekrieg Stellung zu nehmen sein. Der Beitrag beträgt 5 Pf. pro Mitglied und Jahr (Friedenskurs). Alle diese Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden. Als vorläufiger Sekretär wurde auf Vorschlag Deckmanns der holländische Vorsitzende van Dinte gewählt.

Die Konferenz hat im Verlauf ihrer Tagung mit seltener Einmütigkeit den internationalen Gedanken gefördert.

### Ende des Streiks der Berliner Herrenwäschneider.

Der am Sonnabend begonnene Streik der Berliner Wäschneider ist am Mittwoch durch Beschluß einer Versammlung der Streikenden beendet worden. Verhandlungen, die über die Differenzen — die Eingruppierung der verschiedenen Wäschneidergeschäfte in die einzelnen Lohnklassen — am Montag und Dienstag stattfanden, führten zu einem befriedigenden Resultat.

Die Arbeit wird am Donnerstag wieder aufgenommen. Ueber einige Firmen soll das Schiedsgericht entscheiden, in welche Lohnstufe sie einrangiert werden sollen.

Die Wäschneidern und Heizer nahmen am Dienstag in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zur „Technischen Nothilfe“. Dube vom Hauptvorstand erläuterte in längerer Ausführungen die Aufgabe der Institution. Wie er behauptete, habe sich beim Streik in den Elektrizitätswerken gezeigt, daß die Nothilfe nicht in der Lage gewesen sei, die ihr gestellte Aufgabe zu erfüllen. Wenn ihr Eingreifen noch einen Tag länger gedauert hätte, wäre den Betrieben ein unermesslicher Schaden entstanden. Im Anschluß an das Referat wurde eine längere Resolution angenommen, die sich mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen wendet, die eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit bezwecken. Da die Wäschneidern und Heizer für sich dasselbe Recht in Anspruch nehmen, wie alle anderen gewerkschaftlichen Arbeiter, könnten sie auf das Streikrecht nicht verzichten, daher sei die Schaffung der Technischen Nothilfe ein Eingriff in das Koalitionsrecht. Weiter wird in der Resolution die Tätigkeit der Technischen Nothilfe für unzulässig erklärt, da die Wäschneidern und Heizer grundsätzlich bereit seien, die erforderlichen Nothilfsarbeiten zu verrichten; nur wollen sie selbst entscheiden, was Nothilfsarbeiten sind. Zum Schluß der Resolution wird von den maßgebenden Stellen verlangt, daß sie vor Ausbruch von weitverbreiteten Konflikten Fühlung mit der Organisationsleitung nehmen, um eine Schädigung des Allgemeinwohls zu verhüten.

Gegen den gegebenen Verwaltungssbericht erhoben sich keine Bedenken und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Nier wurde als weiterer Angestellter zur Ortsverwaltung gewählt. Das Eintrittsgeld wurde von 1 M. auf 1,50 M. erhöht, der wöchentliche Beitrag von einer Mark wird beibehalten, es werden jedoch für jeden Monat 5 Wochenbeiträge geleistet. Die Hausfassung wird eingestellt; an deren Stelle tritt eine Bezirks-, Lokal und Betriebsfassung. Zum Schluß wurde noch beschlossen, allen Kollegen, welche sich seit 5 Wochen im Streik befinden, auch die fünfte Woche die Extratrüftung in Höhe von 5 M. zu gewähren.

Zaristrene der Unternehmer. Zu der von uns veröffentlichten Zuschrift des Bundes der technischen Angestellten und Beamten über die Gehaltsverhältnisse der Angestellten der Firma Dr. Max Levy wird uns von den Angestellten der Firma mitgeteilt, daß die Verhältnisse zur Zufriedenheit der Angestellten geregelt seien. Die Regelung sei bereits vor Bekanntwerden der Zuschrift erfolgt.

Knorrbreit und angehobene Betriebe! Die Auszahlung der Streik- und Extratrüftung findet heute Donnerstag von 11-3 Uhr in folgenden Lokalen statt: Gruppe 1: Bajer, Hauptstr. 90. Gruppe 2 und 3: Bellevue. Gruppe 4: Kollhof, Hauptstr. 85. Gruppe 5: Haderpeter, Al-Berthagen 49. Alle Wäschneidern, Transportarbeiter, Kosti, Hauptstr. 28. Die Auszahlung der Streikunterstützung findet nur gegen Vorzeigung des Verbandsbüchchens statt.

W. Werner, Pöschelstraße. Die Betriebsversammlung findet am Freitag, den 31. Oktober, mittags 12 Uhr, im „Nationalhof“, Bälowstr. 37, statt. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin). Rauscher und Mitarbeiter aus den Wäscherei- und Wäscheverleibetrieben! Branchenversammlung am Freitag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72. Erscheinen ist Pflicht.

Die Brandentlastung. Telefonten. Am Freitag, den 31. Oktober 1919, findet in der National-Biele die Unterzeichnung der Quittung statt. Auszahlung der Streikunterstützung am Montag, den 3. November, vormittags 11 Uhr.

## Bildungsveranstaltungen.

Steglich. Wer an der Führung des Genossen Lehrers Leopold am Sonntag früh 9 Uhr durch das Museum für Naturkunde teilnehmen will, wird ersucht, sich beim Obmann des Bildungsausschusses, Genossen Kurt Stahl, Ringstr. 7, Gartenhaus III, zu melden. — In unserer Kolth in Nr. 563 muß es richtig heißen: Anmeldungen sind zu senden an Genossen Stahl, Ringstr. 7. Schullokal: Kula der Realschule.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Etwas kälter, zeitweise aufklarend, jedoch noch überwiegend bewölkt oder neblig, ohne erhebliche Niederschläge.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Reußstr. für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin Verlag: Bernhardt-Beckel & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Beckel-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Wir bitten Sie in  
**Ihrem eigenen Interesse**  
von Ihrem Buchhändler zu verlangen  
**Alraune**  
roman von Hanns Heinz Ewers  
gek. M. 2.-, geb. M. 10.- (mit 10% Buchh.-Aufschlag)  
**Georg Müller Verlag München**



# Wenn Sie selbst

sich in einem dieser beiden  
Wollkleider sehen könnten,  
dann würde Ihnen sicherlich die Wahl  
zwischen beiden außerordentlich schwer fallen.

Beide sind entzückende Muster moderner Kleider  
aus sehr gutem Wollstoff gefertigt, mit eleganter  
Stiderei und sonstiger schöner Verzierung und kosten  
bei uns

das linke nur **185.-**      das rechte nur **195.-**



**Rönigstr. 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseestr. 113**  
Delm Cestliner Bahnhof

